# INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts
3 DM

2,50 DM


MILITANZ
DEBATT

RZ

ROTE
ZORA
KOMITEE


Nr. 388

13.9.1996

Hallo,
Schwerpunkt in dieser Nummer ist das Selbstportrait einer militanten Gruppe. Sie wollen mit ihrem Papier eine Auseinandersetzung zur Situation militanter Politik einfordern. Also Geduld beim Lesen der Bleiwüste!!!!

Den Text der Gruppe S.L.I.N.G.S.H.O.T. können wir ohne Angabe einer Rückfragemöglichkeit nicht veröffentlichen.

**Inhalt:**


3 Antifa 2000
4 AntiFa-Cafe-Wedding
5 Lübecker Bündnis
6 Achtung: Verfassungsschutz
8 Selbstportait einer militanten Gruppe
23 Gorleben ist nicht überall
24 Sexualitätsdiskussion
30 England
31 Termine


**Ordner:**

- Cafe Jolesch
- Besuch im Gefängnis Holstenglacis HH
- Schulstreik 19.6.96 München




## Nicht die Bohne!

### Gentechnisch veränderte Sojabohnen sollen im Herbst auf den Markt kommen

(red) Spätestens im Herbst diesen Jahres wird der Boykott von gentechnisch hergestellten Nahrungsmitteln nahezu unmöglich gemacht, nämlich wenn, wie angekündigt, gentechnisch veränderte Sojabohnen des US-Konzerns Monsanto auf den europäischen Markt gelangen. Zwar wird nur ein Teil der insgesamt aus den USA importierten Sojabohnen genmanipuliert sein, jedoch soll dieser Teil aus „ökonomischen Gründen" nicht getrennt vermarktet, sondern mit den herkömmlichen Sojabohnen vermischt werden. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Produkte, die gentechnisch veränderte Sojabohnen enthalten, wird auf diese Weise völlig unrealisierbar. Die Folge dieser Taktik ist, daß der Boykott konkreter Produkte, wie beispielsweise der in den USA verkauften genmanipulierten Tomate 'Flavr Savr', nicht mehr möglich ist.
Weltweit können sich diese Bohnen in ca. 20 000 verschiedenen Lebensmitteln wiederfinden, angefangen von Sojasauce, Tofu, jeglichen Backwaren, Fetten bis hin zu Schokolade, Müsliriegeln und Kosmetika. Das heißt, egal ob wir uns in der Stadt ein Eis gönnen, chinesisch essen gehen, uns eine Portion Pommes in der Frittenbude oder an der Tanke eine Tafel Schokolade kaufen - überall können diese Sojabohnen enthalten sein.
Damit wird eine neue Qualität der Einführung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel auf den Markt eingeleitet. Daß eigentlich, bis auf wenige Ausnahmen, niemand solche Nahrungsmittel will, weder der Handel noch die VerbraucherInnen, spielt offensichtlich keine Rolle. Das von „unserer" Marktwirtschaft hochgepriesene Leitbild der KonsumentInnensouveränität, welches besagt, daß letztlich die VerbraucherInnen mit ihren Kaufentscheidungen bestimmen, mit welchen Gütern und Dienstleistungen sie versorgt werden wollen, wird zur völligen Farce. Es bleibt zu hoffen, daß sich wenigstens die ökologischen Anbauverbände mit aller Kraft gegen diese Entwicklung wehren werden.


**Impressum:**
**Herausgeberin:**
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
**Redaktionsanschrift:** ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag



# Antifa 2000? -so wird das nix.

Auf der Veranstaltung "Antifa 2000" am letzten Freitag wurde die Misere des "Teilbereichs" der radikalen Linken "Antifa" deutlich. Nachdem klar war, daß nur "Szene" gekommen ist und eben nicht, wie in der "Jungen Welt" angekündigt, die "interessierte Öffentlichkeit" zuhörte, hätte die Situation genutzt und eine selbstkritische Analyse der derzeitigen Lage durchgeführt werden können. Stattdessen stellten die noch aktiven Gruppen auf dem Podium ihre Konzepte vor und ließen sie nebeneinander stehen.

Was auf der Veranstaltung geäußert wurde, hat manche Vorurteile, die mensch gegenüber Teilen der Antifa haben kann, bestätigt:

Die meisten übriggebliebenen Antifa Gruppen betehen größtenteils aus weißen, Hau-Drauf-Typen, die wenig mit Theoriearbeit am Hut haben und lieber die Rolle eines "alternativen Verfassungsschutzes" wahrnehmen.

Das Feindbild "AA/BO" wurde rituell kritisiert, doch dies fällt natürlich schwer, wenn es mit der eigenen inhaltlichen Arbeit schlecht steht und dabei dann deutlich wird, daß es eben nur eine "Anti"-Bewegung ist, wo mensch sich über Utopien, Analysen usw. keine Gedanken machen brauch. Die peinliche Bestätigung dessen zeigte sich bei der Nachfrage von einem der "AAB" an das "Antifa-Info", was denn konkret in der letzten Nummer mit dem Vorwurf des "Feierns des vermeintlichen Heldentums stalinistischer KPD-Apparatschicks" gemeint gewesen wäre. Die Antwort des "Antifa-Info's": Es war Polemik. Aber selbst Polemik sollte auf Nachfragen erklärt werden können.

Es beharrten schließlich alle anwesenden Gruppen auf ihren Konzepten: Die einen fänden es klasse, wenn in allen Stadtteilen Berlins eine Antifa-Gruppe entstehen würde, andere fänden es schon mal gut, wenn alle bestehenden Gruppen zusammenarbeiten würden, weil ja die Nazis doch immer noch gut oder jetzt sogar noch besser organisiert sind. - Wieder andere finden es entsetzlich, daß Straßennamen umbenannt werden.

Auch die Zukunft läßt nicht viel neues hören: Demonstrationen, Veranstaltungen, Aufbegehren gegen oder Einfordern von Straßennamenänderungen. Und natürlich der hart umkämpfte 1. Mai: Die einen wollen, daß kein Fascho die Straße betritt, die anderen finden es wichtig, an der "revolutionären 1. Mai Demo" teilzunehmen, in der Hoffnung, das mit den Faschos wird dann nebenher erledigt.

Aber auf ein Zukunftprojekt dürfen wir gespannt sein: Das Lexikon der linken Begriffe, herausgegeben von der "Antifaschistischen Aktion Berlin". Dann brauchen wir uns endlich nicht mehr über Begriffsdefinitionen streiten, wofür ja auch immer schon zu viel Zeit draufgangen ist und die "Restlinke" wird davon sicherlich auch profitieren können.

Weil sich viele Antifas mehr mit rechten Theorien und Weltbildern beschäftigen als mit denen der radikalen Linken ist ein gefährliches Theorieloch entstanden:

☹ Nur dann kann gesagt werden, "wir halten der Restlinken den Rücken frei", sind sozusagen "Servicedienst", und "wir müssen uns um unsere Probleme kümmern und die Restlinke um ihre" - "aber bei der Revolution sind wir selbstverständlich mit dabei". Dieses Selbstverständnis einiger Gruppen, als Handwerkerinnen der "Restlinken" befreit anscheind vom Denken.

☹ Und auch nur dann kann auf die Frage, wo denn die Behindertenpolitik bei der Antifa bleiben würde, geantwortet werden, daß die klassische Anti-Nazi-Politik nichts für Behinderte wäre (weil MANN flink sein und draufhaun muß).

☹ Nur dann kann auf die Frage: Wo jede Gruppe nun eigentlich den Unterschied zwischen Nazis und NormalbürgerInnen macht, eine nachdenklich machende Stille entstehen.

Es wurde deutlich, daß wichtige Diskussionen innerhalb der radikalen Linken sang und klanglos an der deutschen Antifa vorbeigegangen sind. Die immer wieder von FrauenLesben geäußerte Kritik des Mackerverhaltens will in die Köpfe mancher Leute nicht rein - kernige Sprüche und Schwarze Blöcke werden zu den wichtigsten Bestandteilen der Politik.

Wenn sich mensch nur mit den organisierten Neonazis beschäftigt, sind diese dann die größte Gefahr der Welt und mensch vergißt, daß die meisten MigrantInnen durch die staatliche Politik oder durch Bürgerhand umkommen.

Der Wunsch, daß immer mehr Menschen Antifa-Arbeit machen, wird, wenn alles so bleibt wie es ist, ein Wunsch bleiben. Um den Zustand des "Antifa-Teilbereichs" zu ändern, müßten sich die verschiedenen Antifa Gruppen hinsetzen, sich nen Kopp machen und sich dann kritikfähig (!) mit den anderen Gruppen zusammensetzen, und sich mit anderen Handlungskonzepten und Positionen der "Restlinken" auseinandersetzen. Wahrscheinlich würde sich herausstellen, daß sich einige Konzepte aus der Vergangenheit überlebt haben und über Bord geworfen werden müßten, statt diese blind in Konkurrenz zu anderen Konzepten zu stellen und auf den eigenen zu beharren.

Es muß gefragt werden, ob die "Gesamtlinke" diesen "Service" des klassischen Anti-Nazi Kampfes in Anbetracht ihrer derzeitigen Stärke überhaupt noch leisten kann und wenn ja, wie dieser sinnvoll umgestaltet werden müßte. Daß dann einige Antifas traurig werden würden, verstehe ich: es ist ja immer so spannend, Nazis zu jagen, die Polizei immer auf den Fersen. Und es tut einem so gut, die Faust in ein Nazigesicht zu drücken... Dabei läßt sich noch Erfolg verspüren, währen es der "Restlinken" ja so dreckig geht...

Versteht mich nicht falsch: Natürlich ist es gut, wenn Nazis was auf die Nase kriegen und Aufmärsche verhindert werden. Aber ebenso gibt es leider tausend andere Sachen die auch passieren müßten.

Fühlt Euch provoziert und schnappt Euch die Tastatur damit endlich dieser schon längst ausstehende Diskussionsprozeß in Gang kommt...Und ich hoffe, auch wenn ich polemisch begonnen habe, daß diese Polemik im Laufe der Diskussion abnimmt, und es ein fruchtbarer Diskussionsprozeß wird, an dem natürlich nicht nur Antifas teilnehmen sollten...

HORST

**Trotz Einschüchterungsversuchen - wir bleiben dabei:**

# SCHLUSS MIT DEN RASSISTISCHEN ERMITTLUNGEN !

## AUSSCHLUSS DER STAATSANWÄLTE SCHULTZ UND BÖCKENHAUER AUS DEM VERFAHREN !

**Die Lübecker Staatsanwaltschaft, wegen ihrer Ermittlungen in der Brandsache Hafenstraße in die öffentliche Kritik geraten, schlägt jetzt um sich. Sie erwirkt einen Durchsuchungsbeschluß gegen das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* und läßt unsere Büroräume am 24. Juli aufbrechen. Mitgenommen hat die Polizei hierbei nicht nur einen Restbestand der Plakate, durch die sich Staatsanwalt Böckenhauer beleidigt fühlt, sondern vor allem unsere Computer, sowie zahlreiche Datenträger. Hierbei geht es ganz offensichtlich nicht nur um die Suche nach den Druckunterlagen für das Plakat, sondern um einen Angriff auf die Arbeitsfähigkeit einer kritischen Initiative und - schlicht um Schnüffelei. Anders ist uns jedenfalls nicht erklärlich, warum die Computer zu einer gründlichen Untersuchung zum Landeskriminalamt nach Kiel verbracht worden sind. Mit der Suche nach einem Plakat kann dies nichts mehr zu tun haben.**

Es mutet schon merkwürdig an, wie aktiv die Staatsanwaltschaft auf einmal werden kann, wenn es um den Versuch der Einschüchterung ihrer KritikerInnen geht. Angebrachter wäre dieser Elan allerdings bei der Verfolgung der Spuren, die auf rechtextreme Täter für den Brandanschlag vom 18. Januar hindeuten.

Doch trotz neuer Erkenntnisse werden die Ermittlungen gegen die vier jungen Deutschen aus Grevesmühlen nicht wieder aufgenommen, bleiben die offensichtlichen Lügengeschichten über die Herkunft ihrer Brandspuren unüberprüft.

**Spuren, die auf deutsche Neofaschisten hindeuten zu ignorieren und gleichzeitig den Flüchtling und Bewohner des Brandhauses Safwan mit einer mehr als dürftig konstruierten Anklage vor Gericht zu zerren - das ist es, was wir „rassistische Ermittlungen“ nennen.**

Egal, was die verantwortlichen Herren Staatsanwälte Schultz und Böckenhauer subjektiv von sich und ihren Absichten denken mögen, objektiv ist ihr Handeln rassistisch. Die Bezeichnung „rassistische Ermittlungen“ als Beleidigung zu verfolgen, ist der mehr als dreiste Versuch, sich unerwünschte Kritik vom Hals zu schaffen. Wir können der Staatsanwaltschaft nur empfehlen, endlich mit der selbstkritischen Aufarbeitung ihrer Fehler zu beginnen, anstatt sich quasi als verfolgte Minderheit (am besten noch selbst als Opfer von Rassismus) darzustellen und dreist zu leugnen, überhaupt Fehler gemacht zu haben.

### *Wagenburgmentalität*

Die Staatsanwaltschaft hat eine Art Wagenburgmentalität aufgebaut, die nicht nur auf die ermittelnden Staatsanwälte Schultz und Böckenhauer begrenzt ist. So hat der Chef der Lübecker Staatsanwaltschaft Heinrich Wille, bekannt geworden durch seine Ermittlungen bezüglich des Todes von Uwe Barschel, seinen ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen Kollegen Rückendeckung verschafft: In den LN vom 26. Juli nimmt er ausgiebig, aber auch ausgesprochen unkonkret Stellung zur Diskussion um die Ermittlungen.

Er behauptet unter anderem, daß der Staatsanwaltschaft bisher kein Fehler nachgewiesen sei. Damit ignoriert er z.B. die Feststellung der Jugendkammer, daß Safwan eben nicht über Täterwissen verfügte, wie bereits im Januar von den Ermittlern behauptet. Betrachtet er eine falsche belastende Behauptung nicht als Fehler, ist eine Gerichtsfeststellung kein Nachweis? Oder versucht Heinrich Wille seine Kollegen mit falschen Darstellungen zu schützen?

### *Fehlerfreie Ermittlungen?*

Eine ganze Reihe von anderen Tatsachen sprechen ebenfalls gegen die Staatsanwälte Wille, Schultz und Böckenhauer und deren ach so fehlerfreie Ermittlungen:

- Die Bodenplatte der Stelle, an der laut Staatsanwaltschaft das Feuer ausgebrochen sein soll, wird auf den Müll geworfen - mit anderen Worten: der angebliche Tatort ist weg!
- Die Befragung der tatverdächtigen Nazis zu ihren Versengungen (laut Gutachten haben sich drei der vier Tatverdächtigen höchstens 24 Stunden vor der Untersuchung diese Brandspuren zugezogen!) fand erst Monate nach dem Brand statt.
- Der Tod des Hausbewohners Sylvio A., der laut Gerichtsmedizin nicht durch Rauchgasvergiftung starb, wurde nicht restlos aufgeklärt. Eine andere Todesursache würde im Widerspruch zum staatsanwaltschaftlichen Brandgutachten stehen. An diesem Brandgutachten halten die Ermittler aber weiterhin fest, auch wenn es durch unabhängige Gutachter breits in wesentlichen Punkten widerlegt ist.
- Die Verstrickung eines Belastungszeugen in rechtsextreme Aktivitäten im Jahr 1989 ist durch mindestens zwei Zeugen belegt, aber die Staatsanwaltschaft erklärte öffentlich, daß sie dafür keine Hinweise habe.
- Widersprüche in den Aussagen des Hauptbelastungszeugen Jens L. belasten nicht seine „uneingeschränkte Glaubwürdigkeit“.
- Die Abhörmaßnahmen in Safwans Zelle ergaben, daß er wiederholt seine Unschuld beteuerte, trotzdem sollen die Ergebnisse den „Tatverdacht erhärten“.

Heinrich Wille hat in seinem obengenannten *LN*-Interview selber ausgeführt, daß die Staatsanwaltschaft verpflichtet sei, be- und entlastende Fakten zu sammeln. Alles, was Safwan entlastet, wurde jedoch von seiner Anwältin und den UnterstützerInnengruppen zusammengetragen und veröffentlicht. Die Staatsanwälte beschränkten sich nur darauf, Safwan zu belasten. Genauso einseitig verfuhren sie mit den tatverdächtigen Nazis, nur, daß sie bei diesen alles Entlastende zusammentrugen, die belastenden Fakten aber ignorierten.

Wenn Oberstaatsanwalt Wille diese Ermittlungen als korrekt bezeichnet, muß er sich fragen lassen, was er unter „rechtsstaatlichen Ermittlungen“ versteht!

### *Verfahren gegen Safwan im September!*

Das Gericht hat den ersten Prozeßtag gegen Safwan auf den 16. September festgelegt, zunächst sind zehn Prozeßtage geplant (Montags und Mittwochs). Damit steht fest, daß die Staatsanwaltschaft mit ihrem Unterfangen durchgekommen ist, trotz der öffentlich gewordenen Skandale Safwan als Beschuldigten in einem Prozeß zu präsentieren.

Wir werden diesen Prozeß aufmerksam und kritisch begleiten und besonders auf weitere Unregelmäßigkeiten der Ermittlungsbehörden achten.

MEINUNG LN 25.7.96

## Gebot des Rechtsstaats

Von MARTINA JANKE-HANSEN

Die Staatsanwaltschaft hat heute die Räume des Bündnisses gegen Rassismus durchsuchen lassen und Plakate beschlagnahmt, die den ermittelnden Staatsanwalt verunglimpfen. Nun sind die Mitglieder des Bündnisses entrüstet, melden gar rechtsstaatliche Bedenken dagegen an, daß die Strafverfolgungsbehörde „gegen ihre Kritiker repressive Maßnahmen einleitet“. Was aber die Mitglieder des Bündnisses mit ihrer Fotomontage getan haben, ist genau das, was sie anprangern: Rassismus in seiner schlimmsten Form. Den ermittelnden Staatsanwalt mit einer brennenden Zigarette vor dem Brandhaus an der Hafenstraße zu zeigen, ist niederträchtig. Dies hat nichts mehr mit Kritik zu tun, sondern ist eine Hetzkampagne der übelsten Sorte.

Daß die Staatsanwaltschaft hierauf reagiert, ja sogar reagieren muß, gebietet die Rechtsstaatlichkeit: Wer mit perfiden Mitteln wissentlich Sachverhalte verfälscht, gefährdet die Rechte jedes einzelnen und damit das Rechtsstaatsprinzip insgesamt.

*Nicht etwa tödliche Brandanschläge, sondern kritische Plakate sind für die Autorin „Rassismus in seiner schlimmsten Form“. Vielleicht würde ein Blick ins Wörterbuch helfen, was „Rassismus“ eigentlich ist. Denn es ist natürlich weder seine Herkunft noch seine Hautfarbe, was wir am Staatsanwalt Böckenhauer zu kritisieren haben ...*

**Lübecker Bündnis gegen Rassismus**
c/o alternative - Willy-Brandt-Allee 9 - 23554 Lübeck
Telefon und Fax: 0451-7020748
Treffen: Jeden Mittwoch, 20 Uhr, *alternative*
Spenden *(unsere bisherige Arbeit zum Brandanschlag hat uns ca. DM 10.000 gekostet, zudem ist es unsicher, ob und wann die beschlagnahmten Computer wieder herausgerückt werden, Spenden sind deswegen ausgesprochen erwünscht!)*
Konto 5664 06-201, Christoph Kleine, Postbank HH, BLZ 200 100 20
V.i.S.d.P. Holger Wulf

## *Achtung- Verfassungsschutz unterwegs!*

Was ist passiert? Bericht einer Frau aus Marburg.
Am Mittwoch, den 26. Juni 96 klingelte es gegen 19 Uhr bei mir. Statt der um 19 Uhr erwarteten Freundin, kamen zwei Frauen an meine Wohnungstür, die ich erstmal für Zeuginnen Jehovas oder ähnliches hielt. Sie redeten mich jedoch mit Namen an und stellten sich selbst vor: sie kämen vom Bundesamt für Verfassungsschutz (VS) in Köln, hätten am Nachmittag schon mal versucht, mich zu erreichen und wollten mit mir sprechen. Ich war erstmal geplättet! Eine der beiden sprach davon, daß sie eine Studie erstellen wollen über Leute, die an Kurdistan- Solidaritätsaktionen teilnehmen und welche Motivation dahinter stecken würde. Sie wollten von mir einen „Beitrag" für die Studie haben. In diesem Zusammenhang sagten sie mir dann auch, daß ich ja an der verbotenen Demonstration am 18.11.95 in Köln teilgenommen hätte (siehe Kasten).
Ich war einzig von dem Gedanken getragen, nichts sagen zu wollen und die Situation zu beenden. Ich wiederholte einfach immer wieder:"Ich will nicht! Ich will nicht! Ich will nicht!" Das ganze „Gespräch" dauerte ca. 10 bis 15 Minuten, währenddessen die eine eher fordernd auftrat („warum verhalten Sie sich so abweisend?"), verhielt sich die andere eher verständnisvoll („ach, jetzt laß sie doch in Ruhe!").
Ich war zu verdattert, um sie mir genauer anzusehen oder nach ihren Ausweisen zu fragen.

### Einschätzung

Mit diesem gescheiterten Anwerbungsversuch ging es den staatlichen Repressionsorganen darum, Informationen über FrauenLesben zu bekommen; die internationalistisch zum kurdischen Befreiungskampf arbeiten. In diesem Fall über die Giessener FrauenLesben- Zusammenhänge.
Wir haben in letzter Zeit auch von Anwerbungsversuchen bei KurdInnen in Giessen und im Marburger Umland gehört.

*Wir sehen die VS-Aktivitäten als Teil der staatlichen Angriffe gegen den kurdischen Befreiungskampf.*- Während die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten den Völkermord gegen die KurdInnen mit Waffen, finanziell und politisch unterstützen, haben sie es kurdischen Menschen in der Brd praktisch verboten, sich zu organisieren, werden Kurdinnenund Kurden in deutschen Knästen gefangen gehalten und angeklagt, weil sie gegen diese mörderische, imperialistische Politik gemeinsam kämpfen, droht tausenden von ihnen die Abschiebung.

never give up

*Wir sehen die VS-Aktivitäten auch als einen Teil Repression gegen kämpfende Frauen und Männer aus der Brd.*- Mit allen Mitteln versucht die Staatsmacht, internationale Solidarität, eine gegenseitige Stärkung von Bewegungen und das Aufeinanderzubewegen von kurdischen Menschen und Menschen aus den bundesdeutschen Zusammenhängen zu verhindern!

Über Anwerbungsversuche wollen sie nicht nur an Information kommen, um den Widerstand zu bekämpfen, sie wollen Frauen und Männer, die sich politisch engagieren, einschüchtern und abschrecken. - In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Anklage gegen drei FrauenLesben wegen Rädelsführerinnenschaft, Widerstand und Körperverletzung, die in Köln am 18.11.95 demonstriert haben (siehe Kasten).
Die VS-Aktivitäten sind uns auch aus anderen politischen Zusammenhängen bekannt und haben das selbe Ziel, diese Zusammenhänge zu zerschlagen. Es geht der Staatsmacht

darum vorsorglich, mit allen Mitteln und Möglichkeiten, jede wieder aufkommende Bewegung zu verhindern.
Zum Beispiel: das Verfahren gegen die Antifa-M in Göttingen. Verhaftungen Haftbefehle und Verfahren gegen Frauen und Männer im Zusammenhang mit „radikal" und „AIZ" (antiimperialistische Zellen) und der Anschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt bzw. Aussagen vom VS- Spitzel K. Steinmetz, Verfahren wegen Widerstand gegen die Atomindustrie etc.!!!

Solidarität ist eine Waffe im Kampf um Befreiung!!!!!
Die lassen wir uns nicht nehmen!!!!

Am 18.11.95 sollte in Köln eine bundesweite Solidaritätsdemonstration mit dem kurdischen Befreiungskampf stattfinden. Sie richtete sich gegen den kolonialistischen Krieg der Türkei in Kurdistan, gegen die Beteiligung der BRD an diesem Krieg und gegen das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK in der BRD. Die Demo wurde von nicht-kurdischen Gruppen' organisiert. FrauenLesben hatten zu einem eigenen Block mobilisiert, um damit ihre besondere Verbundenheit mit dem Kampf der kurdischen Frauen zum Ausdruck zu bringen. Die Demo wurde im Vorfeld verboten mit der offiziellen Begründung, sie sei eine getarnte Großdemonstration der PKK. Die deutsche Staatsmacht setzte alles daran, die Demo zu verhindern. Ca. 500 Demoteilnehmerinnen und -teilnehmern gelang es trotz allem, sich an der Domplatte zu sammeln, um gegen das Demoverbot zu demonstrieren. Nach 50 Metern wurden sie von der Polizei eingekesselt und über 300 FrauenLesben und Männer wurden festgenommen.



**Zum Umgang mit „Besuchen" vom Verfassungsschutz!**

Die Leute vom VS sind für ihre Aufgabe psychologisch geschult und setzen gezielt Taktiken ein, dich einzuwickeln und Informationen zu bekommen. So ist es kein Zufall, daß ein Frauenpaar bei einer Frau, die sie am ehesten den FrauenLesben-Zusammenhängen zurechnen, auftaucht. Sie versuchen deine Überraschung auszunutzen. Sie wolllen damit Druck machen, daß sie etwas über dich wissen, womit du bei Fremden erstmal nicht rechnest. Sie suchen sich eher Leute heraus, von denen sie glauben, daß sie keinen festen Gruppenzusammenhang haben und ihrer Meinung nach isoliert sind.
Deshalb: wenn du vom VS angesprochen wirst, dann isoliere dich nicht selbst, sondern such Kontakt, mach den Anwerbeversuch öffentlich. Der Austausch mit anderen ist Hilfe und Schutz für dich selbst, für andere FrauenLesben und für andere Zusammenhänge. Bleib nicht allein mit deinem Erlebnis und trau dich, andere zu informieren. Es ist nicht deine „Schuld", wenn der VS dich anspricht. Oft arbeiten sie mit der Angst, daß du von der „Szene" isoliert wirst, wenn du vom VS kontaktiert wurdest oder dich auf ein Gespräch mit dem VS eingelassen hast. Richtig ist, nichts dem VS und anderen staatlichen Stellen gegenüber zu sagen! Auch wenn du ihnen irgendwas erzählt hast, ist es wichtig, und nie zu spät, daß anderen mitzuteilen. Zum einen können so Betroffene gewarnt werden, was die Bullen von ihnen wissen und darauf reagieren, zum anderen ist das die einzige Möglichkeit für dich aus der Zwickmühle herauszukommen, und dein Verhalten zu ändern.
Eine Möglichkeit, dir Hilfe und Unterstützung zu holen, ist über die „Bunte Hilfe", eine linke Rechtsberatung!
**In Gießen: jeden Dienstag ab 20 Uhr im Infoladen, Südanlage 20 HH**
**In Marburg: jeden Dienstag ab 19 Uhr im Cafe am Grün**

*Es bleibt dabei: Ayse und Anna halten das Maul!!!!*

# SELBSTPORTRAIT EINER MILITANTEN GRUPPE - ANFANGEN, ABER NICHT UM JEDEN PREIS

Mit dem Entschluß, ein Papier über unsere Entstehung, Beweggründe und Vorstellungen zu verfassen, wollen wir die Initiative des radikal-Textes E.I.N.I.G.E. G.E.D.A.N.K.E.N. Z.U.M. K.O.M.I.T.E.E.K.O.N.Z.E.P.T. U.N.D. Z.U.R. S.I.T.U.A.T.I.O.N. L.I.N.K.S.R.A.D.I.K.A.-L.E.R., M.I.L.I.T.A.N.T.E.R. G.R.U.P.P.E.N.' (Nov. '95, Nr. 153) aufgreifen. In diesem wird eine Auseinandersetzung mit den Aussagen und Thesen zur Situation militanter Politik eingefordert. Die radi-Initiative, die unter dem Eindruck des Staatsschutzangriffs vom 13.6.95 und der Selbstauflösungserklärung des K.O.M.I.T.E.E.s vom 6.9.95 nach dem gescheiterter Anschlag auf den damals im Bau befindlichen Abschiebeknast in Berlin-Grünau eingebracht wurde, legt einen Grundstein für einen neuerlichen Diskussionsversuch zum Themenkomplex Theorie und Praxis militanter Politik in der BRD. Wir denken, daß diese Diskussion vor dem Hintergrund der nach '89 in der BRD - sicherlich nur begrenzt - geführten Auseinandersetzungen um Ausgangsbedingungen, Interventionsmöglichkeiten und Zielsetzungen von militantem Vorgehen zu führen ist. Sowohl die vornehmlich innerhalb der RZ geführte Diskussion nach der Veröffentlichung des Papiers "Gerd Albartus ist tot" (Dez. '91), die Kontroversen um die AIZ-Politik sowie die Beurteilungen der RAF-Zäsur im April '92 mit dem nachfolgenden Bruch zwischen der Mehrheit der Gefangenen und der RAF, als auch die Folgen von Bad Kleinen im Juni '93 bieten unmittelbare Anknüpfungspunkte für einen weiteren Diskussionsanlauf.

Mit diesem Papier wollen wir uns als ein über mehrere Jahre kontinuierlich arbeitender militanter Zusammenhang mit unseren Erfahrungen, Kenntnissen und Positionen in den von der radi eröffneten Dialog einbringen und uns als Zusammenhang von Männern explizit kenntlich machen.

Da die Selbstauflösungserklärung des K.O.M.I.T.E.E.s eines der wenigen Beispiele darstellt, konkrete Erfahrungsberichte und Einblicke in Gruppenprozesse von militanten Strukturen im Rahmen des Möglichen zu schildern, sind unsere Ausführungen auch als späte Reaktion auf ihre Stellungnahme zu verstehen.

In der Regel erscheinen gerade Textbeiträge von militanten und/oder bewaffneten Gruppen als glatte, widerspruchlose und von allen gleichermaßen geteilte Positionen. Wir können aus unserer eigenen Erfahrung behaupten, daß dies eher ein konfliktfreies Trugbild für Außenstehende schafft, als den realen Meinungsbildungsprozeß eines Kollektivs widerzuspiegeln. Da unser Beitrag aus einer inhaltlichen Auseinandersetzung resultiert, ist er passagenweise von gegenseitigen Zugeständnissen geprägt. Wir können uns einen gruppeninternen Austausch über Grundsatzfragen auch kaum anders vorstellen. Entscheidend ist, daß ein für alle tragfähiger Nenner gefunden wird, der zur Intervention in die HERRschende Politik befähigt.

Das hier vorliegende Zwischenresümee unserer bisherigen politischen Arbeit haben wir in fünf Kapitel gegliedert. Anfangs werden wir versuchen, einen Eindruck von unserem Gruppeninnenleben zu vermitteln. Eine Darlegung unseres theoretischen und inhaltlichen Selbstverständnisses folgt dem ersten Abschnitt. Anschließend werden wir zu Motiven und Wirkungen von militanter Praxis Stellung beziehen, um uns daran anknüpfend mit verschiedenen Organisierungskonzepten von militanter Politik zu befassen. Zum Abschluß werden wir die Kernpunkte der vorangegangenen vier Kapitel in ein Fazit münden lassen.

## I. GRUPPENINNENLEBEN UND BINNENSTRUKTUR:

Sowohl allgemeine als auch konkretere Aussagen über militante Gruppen, die über Entstehungsbedingungen, politische Außenwirkung, Organisierung und Strategie hinaus auch innere Schwierigkeiten und Widersprüche thematisieren, sind selten. Zwar gibt es Literatur und Berichte aus anderen Ländern, in denen militanter Widerstand viel breiter verankert ist und eher historisch gehaltene Analysen und Biographien bekannter RevolutionärInnen. Explizite Versuche, gruppeninterne Dynamiken, Widersprüche und Problemstellungen militanter Zusammenhänge nach außen zu tragen, wurden erst in den letzten Jahren unternommen und bilden eher die Ausnahme (Rote Zora-Broschüre "Mili's Tanz auf dem Eis , Prozeßerklärungen von Birgit Hogefeld).

War das zu hohe Risiko, der mögliche Schaden für das politische Ansehen und die Außenwirkung in solchen Gruppen dafür ausschlaggebend, daß solche Versuche nicht unternommen wurden, oder wurde es schlichtweg als überflüssig angesehen? Wir wissen es nicht. Wir wollen hiermit einen solchen Versuch unternehmen, zum einen weil wir denken, daß es ein Beitrag für die Entmystifizierung militanter Gruppen sein könnte, der hinter politischer Analyse und Aktion Individuen erkennbar werden läßt, zum anderen ist es eine Möglichkeit, neue und ähnliche Erfahrungen, Schwierigkeiten und Widersprüche zu thematisieren, und sie transparent zu machen.

### 1. Ein allgemeines Entstehungsmuster militanter Gruppen:

Dem individuellen Entschluß, in einem klandestinen Zusammenhang zu agieren bzw. der Konstituierung von militanten oder bewaffneten Gruppen geht ein verallgemeinerbarer Prozeß voraus. Aus einem politischen Interesse und dem Wunsch heraus politisch zu handeln, werden Kontakte zu leicht zugänglichen legalen Strukturen gesucht, in denen die ersten Erfahrungen in der politischen Arbeit gesammelt werden. Es beginnt ein umfassenderer Politisierungsprozeß, aus dem eine oppositionelle Grundhaltung erwächst, die sich artikulieren will. Ist die politische Betätigung nicht nur ein Strohfeuer, sondern perspektivisch angelegt, gelangt die Umsetzung der oppositionellen Grundhaltung innerhalb des legal gewährten Rahmens bald an offensichtliche Grenzen. An einem solchen Punkt angekommen, entscheidet sich, ob die formulierten Ziele reduziert oder die entsprechenden Mittel erweitert werden. Wird die Realisierung der eigenen politischen Zielvorstellung einer grundlegenden Umwälzung der HERRschenden Verhältnisse als derart wichtig empfunden, daß sich für eine Mittelerweiterung entschieden wird, ist das Überschreiten des legalen Rahmens geradezu unumgänglich. Das Aufhalten in einem entsprechenden sozialen Nahraum unterstützt und erleichtert die Überwindung innerer (z.B. moralische Bedenken) und äußerer (z.B. gesetzliche Vorschriften) Hindernisse. In solch einem Umfeld ergeben sich Gespräche über - und eventuell eine versuchsweise Praxis von normabweichenden politischen Methoden. Dies markiert den Anfang einer Kette von low-level-actions, die zunächst ohne unmittelbaren Erfolgs- und Rechtferti-

gungszwang sind, und einen experimentellen Charakter haben. Daraus resultiert eine vorbehaltliche Übernahme und Erlernung einer weitergehenden politischen Haltung. Durch die Wahrnehmung der mit dieser Haltung verknüpften theoretischen und vor allem praktischen Erwartungen in der Auseinandersetzung mit sich selbst und innerhalb der Gruppe verdichtet sie sich zusehends zu einer verinnerlichten Rolle. Die sich verfestigenden Ansichten und erprobten praktischen Verhaltensweisen bilden eine neue politische Identität aus. In diesem Stadium ist der Einsatz klandestiner und militanter Mittel zu einem wesentlichen Faktor politischer Artikulation und Bestandteil der eigenen Biographie geworden.

Dieser Konstituierungsprozeß militanter und/oder bewaffneter Gruppen ist nicht linear, bedeutet in jedem Stadium keine endgültige Entscheidung und ist jederzeit umkehrbar, wenn die gestellten individuellen oder kollektiven Erwartungen nicht erfüllt werden bzw. eine neuerliche Diskrepanz zwischen anvisiertem Ziel und verfügbaren Mitteln auftritt. Die Rückkehr zu konformen politischen Ausdrucksformen oder der gänzliche Rückzug aus politischer Arbeit erfolgt in jedem Stadium unter anderen Bedingungen. Zu Beginn ist die Entscheidung für die Aussetzung, den Abbruch oder die Aufgabe militanter Politik leichter möglich als in einer späteren Phase, in der die individuellen und kollektiven Positionen für den Einsatz militanter Mittel reifen konnten und gefestigter sind.

Damit Durchführbarkeit, Sinnhaftigkeit und Gehalt militanter Politik hinsichtlich ihrer individuellen und kollektiven Bewertung gewährleistet sind, müssen mehrere Faktoren zusammenwirken:

Die Aneignung von inhaltlich-theoretischem Wissen, die Schaffung einer vertrauensvollen emotionalen Basis innerhalb der Gruppe, die Benennung politischer Handlungsschritte sowie die Fähigkeit zu deren praktischer Umsetzung und die Ausbildung einer organisatorischen Struktur.

Dieses Muster ist nicht auf jeden Entwicklungsprozeß von militanten Gruppen 'eins zu eins' übertragbar, zeigt aber die häufig zu durchlaufenden Stadien auf.

**2. Nun aber zu uns:**

Es war einmal vor ... Jahren irgendwo in der BRD, da trafen sich einige Leute zur Vorbereitung einer Aktion im Rahmen einer politischen Kampagne. Wir kannten uns untereinander nicht, hatten uns evtl. bei politischen Aktivitäten gegenseitig wahrgenommen. Der gemeinsame Nenner bestand aus diffusen inhaltlichen Vorstellungen von Ausbeutung, Unterdrückung und Widerstand. Das war für die erfolgreiche Planung und Durchführung einer Aktion erst einmal ausreichend. Keiner hatte einschlägige Erfahrungen in militanten Gruppenzusammenhängen, es gab lediglich ein Bewußtsein über mögliche Repressionsfolgen, die innerhalb von Diskussionen zu einer für alle praktizierbaren Aktionsform führten.

Innerhalb der nachfolgenden Diskussionen offenbarte sich ein sehr unterschiedlicher praktischer und theoretischer Hintergrund; und auch bezüglich der individuellen Vorstellungen über strategisch sinnvolle und durchführbare Widerstandsformen wurden die Unterschiede zwischen uns deutlich. Im Bemühen um Kollektivität wurde aus dem anfangs angestrebten geradlinigen Weg ein verschlungener Pfad, der von Brüchen, Veränderungen und Trennungen gekennzeichnet war. Im Zuge dessen gab es zum einen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte. Zum anderen legten wir wechselndes Gewicht auf Theoriearbeit, die Aneignung von notwendigem Wissen und Fertigkeiten und auf militante Praxis. Und es ging sehr, sehr langsam voran, jedenfalls viel langsamer als wir anfangs gedacht hatten. Als Teilergebnis dieses Prozesses verdichteten sich die einzelnen Vorstellungen zu einem theoretischen Konzept, welches den triple-oppression-Ansatz, praktischen Internationalismus und Antiimperialismus zusammenbringen sollte. Dieses Konzept nahm mit einer vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung und der sukzessiven Erweiterung verschiedener Aktionsformen zunehmend Gestalt an.

Von Anfang an war unser formulierter Anspruch, kollektive Willensbildung und Entscheidungsprozesse als wesentlichen Bestandteil unserer Gruppenstruktur zu entwickeln. Kollektivität bedeutet für uns eine Struktur innerer Beziehungen, die von sozialen, politischen, moralischen und psychologischen Kriterien beeinflußt wird: In diesem kollektiven Lernprozeß geht es darum, daß alle die Möglichkeit erhalten, gleichberechtigt Erfahrungen zu machen und diese auszudrücken. Alle Beteiligten sollen zu Analyse, praktischen Fähigkeiten und organisatorischer Aufrechterhaltung und Erweiterung befähigt werden. Wesentlich für das Wirken eines Kollektives sind eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammengehörigkeit, der Aufmerksamkeit und Verantwortung füreinander. Jeder tritt für die kollektiven Ziele und Interessen bewußt ein und trägt zur emotionalen Identifizierung mit dem Kollektiv bei.

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zeigte sich sowohl innerhalb der Theoriearbeit als auch bei der Aneignung praktischer Fähigkeiten. Einige wenige nehmen in den jeweiligen Bereichen eine exponierte Stellung ein, weil sie mehr "wissen" und dadurch Orientierungspunkte setzen. Indem sie inhaltliche und praktische Vorgaben machen, prägen sie die taktischen Schritte und die strategische Linie der Gruppe.

Trotz dieses Ungleichgewichtes, das bei der theoretischen und praktischen Arbeit immer wieder auftritt, ist für uns der kollektive Prozeß insbesondere dann gefährdet, wenn einzelne sich in den vertretenen Positionen oder Aktionsabläufen nicht wiederfinden oder einer arbeitsteiligen Institutionalisierung Vorschub geleistet wird, die einzelne von Verantwortung und Verbindlichkeit ausschließt.

Beispielsweise waren bei Aktionsvorbereitungen durch das konkrete Ziel und den begrenzten Zeitrahmen zwar alle dazu angehalten, einen Teil der Vorbereitung zu tragen, doch ließen die Lebensrealitäten der einzelnen dies nicht immer zu. Im Idealfall wurden Wissen, Erfahrungen und Einschätzungen im Kollektiv zusammengetragen, so daß daraus verbindliche Handlungsabläufe entstanden.

Die Phasen der Aktionsvorbereitungen sind und waren intensiv, jedoch auch mit Fehleinschätzungen verbunden. Ebenso wie vom K.O.M.I.T.E.E beschrieben, erwies sich der anvisierte Zeitplan oft als zu knapp bemessen.

Unaufmerksamkeiten beim Auschecken von Objekten haben das eine oder andere Vorhaben sehr zurückgeworfen oder gar verunmöglicht. Versuche mit Aufbauten offenbarten Fehlerquellen und selbst die erfolgreichen Aktionen waren nicht fehlerfrei. Innerhalb dieses fortlaufenden Lernprozesses haben wir indessen Kenntnisse und Erfahrungen erworben, zudem Herangehensweisen und Handlungsabläufe erlernt und uns gegenseitig besser einzuschätzen gelernt. Jeder wählte bei einer Aktion die Aufgabe, die den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprach. Dies verschafft uns mittlerweile eine gewisse Sicherheit.

Es hatte zwar jeder während der gesamten Vorbereitungsphase von Aktionen die Möglichkeit, Ängste und Bedenken zu äußern, was unter Umständen bis zum Abbruch der Aktion führen konnte, aber dennoch müssen wir uns eingestehen, daß insgesamt wenig darüber geredet wurde, wie wir angemessen damit umgehen. Statt dessen mußten wir feststellen, daß Emotionen selten direkt benannt und zu formal berücksichtigt wurden. Wir erlebten Vorbereitungssituationen, in denen nach langen Diskussionen über die sicherste Vorgehensweise alle Schwierigkeiten ausgeräumt schie-




nen, aber die personelle Besetzung riskanterer Aufgaben kompliziert war. Abläufe, die schon festgelegt erschienen, mußten wieder neu diskutiert werden. Im Nachhinein wurde dadurch klar, daß die individuellen Ängste und deren Bewältigung zu wenig oder nur auf sehr formaler Ebene thematisiert wurden, beispielsweise dadurch, daß die Diskussion über den sichersten Fluchtweg dahingehend funktionalisiert wurde, daß die eigentlichen Bedenken und Unsicherheiten verdrängt wurden.

Eine militante Gruppe ist gerade in der Entstehungs- und Anfangsphase brüchig, in der weder eine Vorstellung von taktisch sinnvollen Schritten vorhanden ist, noch über ein präzises strategisches Verständnis verfügt wird. So war es auch bei uns. In dieser Phase waren Theorie und Praxis unseres Zusammenhangs punktuell, d.h. wir suchten zu einem spezifischen Thema eine praktizierbare Aktionsform. Unsere Handlungen erfolgten ohne strategischen Hintergrund und es war unklar, was nach einer Aktion folgen sollte. Inhaltliche, praktische und organisatorische Bestimmungen waren kurzfristig gesetzt. Hinsichtlich konsensfähiger mittel- und langfristiger konzeptioneller Überlegungen befinden wir uns nach wie vor in der Auseinandersetzung. Gerade taktische Ausrichtungen und Erwägungen sind Gegenstand gruppeninterner Diskussionen und kontinuierlich zu hinterfragen.



Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Atmosphäre des Vertrauens war immer dann gestört, wenn nach einer abgebrochenen Aktionsvorbereitung oder nach einer durchgeführten punktuellen Aktion Orientierungslosigkeit einsetzte. Es erfolgten Brüche, und die Kontinuität der Gruppe stand auf dem Spiel. Die emotionale Identifizierung mit dem Kollektiv war aufgehoben und machte sich in der fehlenden Motivation und in mangelndem Engagement bemerkbar. In derartigen Situationen versuchten wir, einen erneuten Gruppenkonsens herzustellen, auf dessen Grundlage Mittel und Ziele modifiziert wurden. Wir haben für uns herausgefunden, daß eine handlungsfähige Gruppenkonstellation und -kontinuität nur durch das kollektive Erarbeiten von inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Grundlagen erreichbar ist. Wenn sich schon daraus keine detaillierten Taktiken und Strategien ergeben, so sind doch zumindest entscheidende Eckpunkte abzustecken, die ein gemeinsames politisches Vorgehen ermöglichen. Wir denken, daß damit jedes militante Projekt auf Dauer steht oder fällt.

Bei allen auftretenden gruppeninternen Problemfeldern spielen gerade für unseren heterogenen Gruppenzusammenhang auch äußere Faktoren eine wichtige Rolle. Alle haben ihre eigenen spezifischen sozialen Bezüge und Zusammenhänge und sind ganz unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt, um ihre Existenz abzusichern. Das zieht Ungleichzeitigkeiten und Brüche nach sich. Diese Vielheit an sozialen Realitäten interagiert mit dem Kollektiv und erfordert ihre ständige Berücksichtigung, indem Zeit, Motivation und Handlungsfähigkeit immer wieder aufs neue angepaßt werden müssen. Wir denken auch, daß ein alleiniger und ausschließlicher Gruppenzusammenhang und die sich daraus ergebenden internen Beziehungsstrukturen kein Ersatz für vielfältige politische, soziale und emotionale Bindungen sein kann. Eine militante Gruppenstruktur als einziger Bezugspunkt wäre damit schlichtweg überfordert. Eingeschränkte Interaktionsmöglichkeiten und soziale Abkopplung wären die Folge. Wir halten es für einen wesentlichen Punkt, unser persönliches soziales Umfeld nicht aufzugeben und erachten den Weg in die Illegalität zur Zeit weder für erforderlich noch für sinnvoll.

Angesichts dieser Erfahrungen und aus der Einschätzung heraus, daß es nicht darum gehen kann, militante Aktionsformen zu praktizieren, nur um das Konfrontationsniveau zu halten, was uns zudem einer ständigen Überforderung aussetzen würde, sind wir zum einen bemüht, unsere Fähigkeiten und Kenntnisse realistisch einzuschätzen und ständig weiterzuentwickeln, zum anderen den politischen Nutzen jeder Aktion genau zu prüfen. Um ein kontinuierliches Arbeiten zu gewährleisten, ist angesichts dessen, daß die politischen Verhältnisse derzeit keine Veränderungen in unserem Sinne erwarten lassen, die eigene Sicherheit bei allen Überlegungen in den Vordergrund zu stellen. Deshalb wollen wir die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.'s zum Thema kontinuierliche Namengebung kommentieren und unsere Sichtweise darlegen.

Die Genossen vom K.O.M.I.T.E.E. haben ihre Beweggründe für eine kontinuierliche Namensgebung in ihrer Selbstauflösungserklärung erläutert. Sinngemäß führten sie aus, daß es in einer politischen Situation, in der der gemeinsame Diskussionsfaden abgerissen sei und gemeinsam erarbeitete Grundlagen in Auflösung seien, zweckmäßig erscheine, "sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen . Darüber hinaus gingen sie davon aus, daß Interventionen von Gruppen, deren Initialen mit einer kontinuierlichen und bestimmbaren Politik und Praxis verbunden werden können, mehr politische Relevanz erlangen und eher Orientierungspunkte setzen.

Aus den genannten Beweggründen des K.O.M.I.T.E.E.'s für eine kontinuierliche Namensgebung kann abgeleitet werden, daß sie den festen Gruppennamen als Interim betrachten, um innerhalb des breitgefächerten linksradikalen Spektrums politische Standpunkte, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu sondieren. Nach anschließend erarbeiteten und akzeptierten Grundlagen konnte die spezifische Namensgebung aufgehoben werden und es bestünde die Möglichkeit, sich wieder in einen allgemeinen übergeordneten linksradikalen Zusammenhang zu stellen.

Die für eine kontinuierliche Namensgebung sprechenden Argumente sind nachvollziehbar und folgen einer bestimmten Analyse der aktuellen politischen Situation in der BRD aus linksradikaler Sicht. Dennoch fällt unsere Entscheidung anders aus. Wir denken, daß infolge der geringen Anzahl von militanten Gruppen und Projekten in der BRD ein nach außen hin erkennbarer kontinuierlich arbeitender Zusammenhang („Markenname") allzu leicht ins Fadenkreuz des Repressionsapparates gerät. Mit solch einer Entscheidung wäre das politische Gewicht der Gruppe" komplett in die Waagschale geworfen" (vgl. radi-Text). Unserer Ansicht nach besteht eine wesentliche Funktion von militanten Aktionen darin, linksradikale Themenschwerpunkte und politische Inhalte zu transportieren und nicht in der Hervorhebung eines Gruppensignets. Wobei nicht grundsätzlich zu verhehlen ist, daß eine Namenskontinuität bei Anschlagsbekenntnissen die öffentliche Wahrnehmung der inhaltlichen Vorstellungen begünstigen kann.

Für uns kommt noch ein entscheidender Aspekt hinzu. Wir gehen von der nüchternen Selbsteinschätzung aus, daß unser interner Organisierungsgrad einer langandauernden gezielten Repression nicht standhalten würde. Diese interne Situation erfordert, was die aktionsspezifische Seite betrifft, ein diskontinuierliches Auftreten nach außen.

Eine feste Gruppenbezeichnung wäre für uns erst denkbar, wenn dem ein intensiver Prozeß der gruppeninternen und gruppenübergreifenden Organisierung vorausgegangen wäre. Dies würde eine weitgehende Klarheit hinsichtlich der gemeinsamen politischen Inhalte und Zielsetzungen, der Interventionsmethoden und der organisatorischen Struktur voraussetzen. Das ist aber bisher Zukunftsmusik.
Letztlich sprechen wir uns gegen eine kontinuierliche Namengebung aus, um einerseits den äußeren Druck (Repression) und andererseits den daraus folgenden inneren Druck (nervliche Anspannung) so gering wie möglich zu halten.

## II. GRUNDRISS UNSERES SELBSTVERSTÄNDNISSES:

Wenn es richtig ist, daß sich jede militante Gruppe ihre eigenen Handlungsgrundlagen schaffen muß, so gehört ein theoretischer Überblick über die Interventionsthemen dazu. Es soll dabei weder unnötig akademisiert werden, noch soll aus einer Gruppe mit dem Anspruch, primär praktisch eingreifen zu wollen, ein elitärer Theoriezirkel gemacht werden. Zudem würden wir uns mit einer detailgetreuen Analyse der weltweiten Situation mit ihren unzähligen ökonomischen und politischen Verstrickungen hoffnungslos überfrachten. Die folgenden Ausführungen haben demnach einen fragmentarischen und vorläufigen Charakter.
Es geht einzig und allein darum, uns in die Lage zu versetzen, unsere Themenschwerpunkte formulieren und vermitteln zu können. Wir zielen auf eine inhaltliche Füllung der militanten Aktion ab: Deshalb wollen wir unseren theoretischen und thematischen Bezugsrahmen kurz abstecken.

### 1. Globale und innergesellschaftliche HERRschaft:

Um die Mechanismen von Herrschaftsgewinnung und -sicherung zu verstehen, ist eine Vorstellung von Imperialismus nötig. Wir begrenzen die imperialistische Phase nicht, wie häufig von "wissenschaftlicher" Seite unterbreitet, auf den kurzen Zeitraum der 70er Jahre des 19. Jh. bis zum Beginn des I. Weltkrieges, in der der sich verschärfende koloniale Wettlauf und Expansionismus europäischer Staaten einen neuen Höhepunkt verzeichnete. Vielmehr ist dagegen von einer imperialistischen Kontinuität auszugehen, die sich historisch hinsichtlich des Tempos, des Umfanges und der Methoden zwar differenzieren läßt, aber ihren Charakter - die Unterwerfung - beibehält. Beispielsweise setzte das Jahr 1914 keinen Schlußstrich unter die europäische Hegemonie, sondern stellte den Ausgangspunkt einer neuen Etappe imperialistischer HERRschaftspolitik dar.
Auch das linke Imperialismusverständnis der 70er und 80er Jahre betont diesen zeitlich und methodisch erweiterten Ansatz, was zumindest die Zeit nach dem I. Weltkrieg betrifft. Jedoch dominierte die Leninsche Imperialismus-Auslegung, die den Beginn des Imperialismus erst im späten 19. Jahrhundert festmachte. Zudem wurde der Imperialismus ökonomisch verkürzt als „monopolistisches Stadium des Kapitalismus" definiert, das durch innerimperialistische Krisen und Kriege gekennzeichnet ist und letztlich das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur einläutet. Die politisch-militärische, wie die ideologisch-kulturelle Dimension des Imperialismus wird vornehmlich zugunsten einer auf ökonomische Motive begrenzten Interpretation vernachlässigt bzw. völlig ausgeblendet. Wenn die Kreuzzüge (Ende 11.-13. Jh.) und die Conquista (ab Anfang des 16. Jh.) als Ursprung des europäischen imperialistischen Expansionismus gelten, so ist die These zu vertreten, daß der Imperialismus historisch der ausgebildeten kapitalistischen Gesellschaftsformation vorausgegangen ist. Die Entstehungsphase des Handels- und Manufakturkapitalismus (Frühkapitalismus) lässt sich auf den Zeitraum des „langen sechzehnten Jahrhunderts" (etwa 1450-1600) datieren, während sich der Konkurrenz- und Industriekapitalismus (Hochkapitalismus) erst im Zuge der „industriellen Revolution" ab Ende des 18. Jahrhunderts ausformte. D.h., daß eine allein kapitalismustheoretische Imperialismus-Interpretation zu kurz greift.
Uns ist bewußt, daß wir uns mit dieser historisch wie inhaltlich weitgefaßten Imperialismus-Auslegung dem Vorwurf aussetzen, unpräzise zu argumentieren, und daß es uns an definitorischer Schärfe mangele. Solche Vorwürfe sprechen allerdings die heutige Politik der Triade (BRD-dominierte EU, USA als Dominante im lateinamerikanischen Raum bzw. führende militärische Weltmacht, japanisch dominierter Pazifik) bzw. die Politik künftiger Machtblöcke von jedem Imperialismus-Verdacht frei. Antiimperialistische Ansätze werden somit als unseriöses Stückwerk diskreditiert.
Die Taktiken und Strategien imperialistischer Politik können variieren. Die ökonomische Komponente drückt sich in der Schaffung von Produktionsstätten und Absatzmärkten sowie in der Sicherung des Zugriffs auf Rohstoffquellen aus. Auf politischer Ebene standen anfangs die direkten innerimperialistischen Auseinandersetzungen um jeweiliges nationales Prestige im Vordergrund, während im weiteren Verlauf die Durchsetzung imperialistischer Ziele durch die Stärkung konformer Trikont-Eliten erfolgt, ohne im „Bedarfsfall" auf die militärische Intervention zu verzichten. Zudem zerstört die ideologisch-kulturelle Durchdringung die trikontinentalen Lebenswelten und oktroyiert eurozentrische Denk- und Handlungsmuster. Der Imperialismus stellt insgesamt ein kontinuierliches Konfrontationsverhältnis zwischen metropolitanen Zentren und trikontinentaler Peripherie dar. Dabei interagiert er mit den politischen und ökonomischen Bedingungen und reagiert u.a. auf die Präsenz von Widerstand. D.h. die Instrumentarien imperialistischer Politik sind einerseits auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse im allgemeinen und den sich manifestierenden Widerstand im Trikont im besonderen abgestimmt, andererseits richten sie die Trikontbedingungen ihren Interessen entsprechend aktiv zu.
Unser theoretischer Ansatz geht über das "klassisch" antagonistische Verhältnis zwischen Metropole und Trikont hinaus und orientiert sich wesentlich an der triple-oppression-Analyse, die die Existenz der gesellschaftskonstituierenden und miteinander verflochtenen Antagonismen Rassismus, Patriarchat und Kapital zum Ausgangspunkt hat. Antagonistisch meint, daß die mehrfachen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen durch die gesellschaftlichen Strukturen selbst produziert und reproduziert werden, so daß diese nicht mit systemimmanenten Mitteln zu beseitigen sind, sondern nur durch eine grundlegende soziale Umwälzung.
Wenn wir anmerken, die Grenzen des "klassischen" antiimperialistischen Argumentationsmusters hinter uns lassen zu wollen, so hat das für eine antiimperialistische Konzeption merkliche Konsequenzen: Das antiimperialistische Weltbild, wonach sich Metropole und Trikont als homogene Blöcke gegenüberstehen, ist in dieser Reinform schablonenhaft. Die Grenzen dieser klassischen Interpretation werden deutlich, wenn es zum einen um die detaillierte Erklärung der komplexer gewordenen Weltwirtschaftsverflechtungen zwischen Zentren und Trikont, und zum anderen um die Beschreibung der differenzierten Strukturen innerhalb von Metropole bzw. Trikont geht. Trotz dieser Schablonenhaftigkeit trifft dieser Ansatz den Kern des globalen Unterdrückungsverhältnisses und ist als Arbeitshypothese unter Berücksichtigung der sich differenzierenden Weltwirtschaftssituation weiterhin verwendbar.

**2. Nationale Befreiungskämpfe und antizionistische Attitüde:**

Ein weiterer Aspekt oberflächlicher Betrachtungsweise ist eine allzu euphorisierte Haltung gegenüber gesellschaftlichen Kämpfen in Trikontregionen, wie sie in den 70er und 80er Jahren eingenommen wurde. Es geht vielmehr darum, die Politik von Befreiungsbewegungen hinsichtlich ihres Inhalts und ihrer Tragweite (selbst-) kritischer zu reflektieren. So können wir Vorstellungen entgegentreten, die bei einer Vielzahl von existierenden Kämpfen die weltweite Situation als „auf Messers Schneide stehend" fehlinterpretieren und von einem falschen Kräfteverhältnis ausgehen. Die Ernüchterung der vergangenen Jahrzehnte war zu groß, um weiterhin voreilig nach Projektionsflächen für unsere nicht geführten Kämpfe zu suchen.

Die Diskussion um einen kritischen Umgang mit Befreiungsbewegungen, die nationalistische Tendenzen aufweisen, hat sich in den letzten Jahren insbesondere an der PKK und deren ethnischen Diskursen entwickelt. Grundsätzlich halten wir es für notwendig, nationale Bewegungen, die separatistische Ziele verfolgen, wie ETA, IRA und PKK von denen zu unterscheiden, die in erster Linie für eine sozialistische Revolution innerhalb eines existierenden Staates eintreten. Dabei denken wir insbesondere an lateinamerikanische Bewegungen. Diese Unterscheidung dient nicht der automatischen "gut-böse-Trennung", es lassen sich jedoch verschiedene Mobilisierungsstrategien anhand dieser Trennungslinie aufzeigen, die sich in der Kritik, Auseinandersetzung und Solidarität mit diesen Organisationen wiederfinden sollten. Konstruktionen von Ethnien, Völkern und Kulturen, die sich bei einem genaueren Blick in die Geschichte „in Luft auflösen", sind beliebtes, weil verhältnismäßig einfaches Mobilisierungsmoment. Das revolutionäre Subjekt wird nicht in erster Linie sozial oder politisch, sondern kulturalistisch bzw. national abgeleitet. Die Folge ist in aller Regel, daß eine vereinheitlichte und mit objektiven Charakterzügen ausstaffierte nationale oder kulturelle Identität geschaffen wird, die allmählich zum alleinigen Politik bestimmenden Kriterium wird. Die Berufung auf einen Nationalstaat, bzw. eine nationale Verfassung, die z.B. im Fall Mexikos auf eine Revolution zurückgeht, macht deutlich, daß es eine strategische Komponente des „Nationalen" geben kann, die für die mexikanische Gesellschaft äußerst mobilisierend wirken kann, aber für andere lateinamerikanische Staaten irrelevant ist. Eine revolutionäre Bewegung, die eine soziale Basis erreichen will, wird dies nicht durch den Appell an die Unterdrückten der Welt erzielen. Je weniger abstrakt das politisch Verbindende ist, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit der Herausbildung revolutionärer Bewegungen. Hierfür bieten sich nationale bzw. territoriale Grenzen ebenso an, wie die Zuspitzung von sozialer Konfliktualität an speziellen Brennpunkten. Es hat sich aber auch gezeigt, daß territorial eng begrenzte oder monothematische Befreiungskämpfe, aufgrund der globalen Verflechtungen und der Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Konfliktfelder nur begrenzte Zeit erfolgreich sind. Frauen werden in Befreiungsbewegungen oft nur unter funktionalistischen Gesichtspunkten führende Positionen zugestanden. Die soziale und politische Bedeutung von Frauen wird gerade in Situationen geringer, in denen die Forderungen von Befreiungsorganisationen erfüllt erscheinen (Erlangung eines Autonomiestatus, Sturz der Machthaber etc.). Frauen sehen sich einem patriarchalischen roll back und einer Renaissance von Rollenzuweisungen ausgesetzt.

Ein weiteres Problem ergibt aus der Transformation einer militärisch strukturierten Befreiungsbewegung in eine zivile Regierungsform. Sie wird dabei zur repräsentativen Institution der neuen gesellschaftlichen (nationalstaatlichen) Struktur. Solch eine Staatsform westlicher Prägung ist keine beliebige gesellschaftliche Organisierung, sondern setzt einen bestimmten institutionellen Aufbau voraus. Ein Abziehbild herkömmlicher Staaten mit verwaltungstechnischen Apparaten etabliert sich, klassen- und geschlechtsspezifische Ausbeutungsverhältnisse werden nicht grundsätzlich angegangen und verfestigen sich erneut.
Um gleich Eurozentrismus-Vorwürfen zu begegnen: Wir verfügen weder über konkrete Rezepte, wie unter trikontinentalen Kampfbedingungen die beschriebenen Tendenzen zu verhindern sind, noch ist uns verborgen geblieben, daß wir diese selbst als radikale Linke in der Metropole nur annähernd thematisiert und noch weniger in unseren Zusammenhängen verändert haben. Klar ist auch, daß unsere marginale Position in metropolitanen Auseinandersetzungen kaum dazu herhält, schlaue Sprüche zu klopfen oder zu erfüllende Forderungen gen Trikontbewegungen zu richten. Gewiß nicht! Dennoch denken wir, daß sich nur in einem kritisch-solidarischen Austausch Gemeinsamkeiten und eben auch Grenzen politischer Vereinbarkeit herausfinden lassen.
Häufig materialisierten sich antiimperialistische Ansätze in der Vergangenheit u.a. in einem expliziten Antizionismus. Dabei wurden sowohl die auf Pogromen und Vertreibung gründenden Entstehungsursachen der zionistischen Bewegung im zaristischen Rußland als auch die politisch-ideologische Heterogenität des Zionismus ignoriert. Mit der Formel, die PalästinenserInnen seien die "Opfer der Opfer", schlich sich eine Relativierung des nazistischen Antisemitismus ein. Die Trennung zwischen der Ablehnung der israelischen Siedlungs- und Besatzungspolitik insbesondere nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 einerseits und andererseits der kategorischen Verweigerung des Existenzrechts Israels, die zwangsläufig abermals eine Vertreibung von JüdInnen implizieren würde, war nicht mehr grundsätzlich gegeben. Eine gefährliche Affinität zwischen einer antizionistischen Argumentation und antisemitischen Metaphern tat sich auf. Ein Antizionismus, der explizit oder implizit das Existenzrecht Israels verweigert, ist für unsere Politik kein Bezugspunkt. Wir gehen davon aus, daß es für die Region Palästina/Israel keine „revolutionäre Lösung" in die eine oder andere Richtung gibt, sondern daß nur auf eine Koexistenz hingearbeitet werden kann. Diese Ansicht setzt sich erst seit einiger Zeit bei Linksradikalen durch und ist sicherlich nicht Konsens.
All das entbindet uns nicht von der Notwendigkeit, imperialistische Taktiken und Strategien praktisch zu thematisieren und Bezüge zu Trikontkämpfen herzustellen.

**3. Unser mangelnder Bezug zu Frauenkämpfen:**

In den achtziger Jahren befaßte sich die feministische Kritik unter anderem mit den Auswirkungen von Sozialtechnologien, die als Mittel galten, bevölkerungspolitische Interessen durchzusetzen. Es galt immanente Gesetze der Technologien aufzuzeigen, in denen sich Machtverhältnisse manifestierten. Es entstand eine Kritik an dem Blick und Zugriff der Naturwissenschaft auf Frauen. Unter Bevölkerungspolitik wurden die gesamtgesellschaftlichen Strategien verstanden, die die Zusammensetzung, Quantität und Qualität der konstruierten Variablen „Bevölkerung" beeinflussen sollten. Der Begriff umfaßt nicht nur den Bereich der generativen Reproduktion, sondern auch Migrationspolitik.




Bevölkerungspolitik wurde der Rahmen, in dem

feministische Kritik die Familien-, Gesundheits-, Sozial- und Migrationspolitik des Staates angriff. Diese Bewegung vernetzte in den Achtziger Jahren Informationspolitik, Aktionen im 'öffentlichen Raum ' und militante Interventionen. Dabei kam es zu einer beispielhaften Wechselwirkung zwischen den Ebenen. Mit dieser klar ablehnenden Haltung gegenüber Gen- und Reproduktionstechnologien erschweren sie bis heute die gesellschaftliche Akzeptanz, trotz des Niedergangs der Bewegung. Bis auf ein paar einzelne Männer in gemischten Gruppen arbeiteten Frauen an diesen Themen.

Nach den Erfahrungen in gemischten Zusammenhängen erwies sich die eigenständige Organisierung der Frauen als notwendig, um sich Raum für feministische Inhalte zu erkämpfen. Exemplarisch wird dies aus der Entstehungsgeschichte der Roten Zora deutlich, die in der Broschüre Mili's Tanz auf dem Eis vom Dezember 1993 u.a. ihren Weg hin zu einer autonomen Frauengruppe beschrieben hat.

Eine gemischte Organisierung stand der Entwicklung einer revolutionär-feministischen Perspektive entgegen, da die männlich gesetzten Normen für die beteiligten FrauenLesben weiterhin bestimmend blieben. Die Energien der FrauenLesben wurden im ständigen Kampf um ihre Positionen gegenüber Männern aufgebraucht, und die Einbindung feministischer Positionen in linke Konzepte lief meist auf deren Unterordnung hinaus. Daß die „Befreiung vom Patriarchat grundlegend für jede Befreiung ist" und Frauenkämpfe keine Teilbereichskämpfe sein können, wurde von patriarchal denkenden und handelnden Männern in den RZ immer wieder in Frage gestellt. Die Unterteilung in frauenspezifische und allgemeine Themen beförderte die patriarchale Ausrichtung der RZ-Politik. Sogenannte allgemein-politische Auseinandersetzungen wurden weiterhin „vor dem Hintergrund eines patriarchalen Selbstverständnisses" geführt, und es war kaum möglich, sie „in antipatriarchale Kampfe zu wenden" bzw. in ihnen Ansätze von Frauenbefreiung zu sehen. Die Trennung von den RZ und die Gründung der Roten Zora 1984 markierte die logische Konsequenz aus dieser Entwicklung. Die Rote Zora trug dazu bei, die Existenz von Frauenkämpfen und vor allem ihre internationale Dimension deutlich zu machen. Mögliche Bündnisse mit Männern konnten nun von Frauen selbst bestimmt werden.
Entgegen der sonst üblichen Subsumierung feministischer Inhalte unter einen "allgemein-politischen" Ansatz stellten FrauenLesben nun in ihren Kämpfen den Angriff auf Grundpfeiler patriarchaler HERRschaftstrukturen in den Vordergrund. Neben dem Ziel, Sachschaden zu verursachen, ging/geht es schwerpunktmäßig darum, Frauen/Lesben-Widerstand in Aktionen mit entsprechendem Symbolgehalt sichtbar zu machen.
Eine eigenständige FrauenLesben-Organisierung in den unterschiedlichsten Widerstandsfeldern war/ist Folge der Ignoranz der patriarchalen linken Szene, feministische Theorie zu rezipieren und als Orientierungspunkt zu akzeptieren. Desweiteren sind linke Männer nur unzureichend Willens, ihre Rolle als Nutznießer patriarchaler Privilegien zu reflektieren.
Alle diese Fehler reproduzieren wir als Gruppe trotz der vermittelten Erfahrungen immer wieder. Die Anlehnung an den triple-oppression-Ansatz beeinflußte eine Thematisierung der Kämpfe von Frauen oder vielmehr die Thematisierung der Kämpfe einer Bewegung mit feministischer Theorie. Allerdings gibt es in unserem Alltag nicht viel feministische Theorie. Diesen Widerspruch in der Gruppe aufzurollen und produktiv zu machen, gelingt uns selten.
Die Selbst-Entidentifizierung mit der männlichen Rolle wird als permanente Notwendigkeit gesehen, bleibt jedoch Lippenbekenntnis. Oder mann flüchtet in die Abstraktion, beschreibt auf höchstem Niveau die 'Totalität des Systems' und sieht nicht die Notwendigkeit vom 'Richtigeren im Falschen', wie die Revidierung patriarchaler Kulturtechniken im Alltag, in den sozialen Beziehungen. Es ist dennoch für uns die dringlichste Aufgabe, daran weiterzuarbeiten und die Bezüge zu Kämpfen feministischen Inhalts zu suchen.

### 4. Synthese von sozialer Revolution und Antiimperialismus:

Die von der AIZ aufgeworfene Definition, wonach der Imperialismus in einen Imperialismus im weiteren Sinn (triple-oppression-Strukturen) und in einen im engeren Sinn (Metropole/Trikont) aufzufächern ist, versucht, beide Phänomene unter den "Über-Begriff" Imperialismus zu subsumieren. Bei solch einer überdehnten Interpretation bleibt die historische Herleitung des Imperialismus als kontinuierlicher territorialer Expansionismus unterbelichtet. Imperialismustheoretische Unterscheidungskriterien lassen sich vielmehr daran festmachen, inwieweit der Imperialismus nur als zeitlich eng begrenzter und vergangener historischer Abschnitt von HERRschaftspolitik oder aber als konstantes - wenn auch nach Form und Inhalt modifizierbares - Instrumentarium zur Sicherung des HERRschaftsanspruchs über den Trikont begriffen wird. Unserer Ansicht nach sind einerseits die triple-oppression-Strukturen, die nicht allein metropolenspezifisch, sondern weltweit verankert sind und andererseits die imperialistische Unterwerfung, die einseitig von den Zentren gegen den Trikont ausgeht, jeweils eigenständig zu behandelnde Theorieansätze.
Die Wechselbeziehung zwischen einem sozialrevolutionären Ansatz, der sich u.a. auf Kämpfe entlang der triple-oppression-Widerspruchslinien hier wie im Trikont bezieht, und dem klassischen antiimperialistischen Ansatz, der vornehmlich die gegen einen neo-kolonialistischen Status quo orientierten trikontinentalen Kämpfe unterstützend aufgreift und in das Metropolenbewußtsein hineinzutragen versucht, ist nicht durch den theoretischen Trick herzustellen, beide Ansätze schlicht unter dem Dach einer neuen Imperialismus-Definition zu vereinigen.
Es muß darum gehen, diese Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen in ihrer Spezifik kenntlich zu machen und sie als gleichberechtigte, eigenständige und sich gegenseitig stützende Grundwidersprüche aufzufassen. Je nach Situation können die Grundwidersprüche unterschiedlich große Bedeutung erlangen, müssen allerdings konzeptionell als miteinander verflochtene Gesamtheit Eingang in die Betrachtung finden. Die Dialektik von sozialer Revolution und Antiimperialismus resultiert aus der Kenntnis, daß eine Perspektive der Befreiung nur in der Überwindung der ineinandergreifenden gesellschaftlichen HERRschaftsverhältnisse liegt.
Für uns kann das nur bedeuten, in den metropolitanen Sozialprozessen die mehrfachen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse praktisch anzugehen und den Zugriff metropolitaner Staaten und Konzerne auf die trikontinentale Peripherie zu untergraben. Wir haben demnach eine zweifache und sich überlagernde praktische Auseinandersetzung zu führen, die einerseits die gesellschaftlichen HERRschaftsverhältnisse in den Zentren zu erschüttern versucht, und andererseits metropolitane Unterwerfungsprojekte in der Peripherie hier blockiert und sich mit den dortigen antiimperialistischen und sozialen Kämpfen solidarisiert. Nur in der Verknüpfung dieser zu führenden Auseinandersetzungen können wir der Dialektik von sozialer Revolution und Antiimperialismus als radikale Linke in den Zentren gerecht werden.
Hiermit ist die Wechselbeziehung zwischen einem sozialrevolutionären und einem antiimperialistischen Ansatz sowie den einzelnen Formen des Zusammenwirkens der Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen allenfalls oberflächlich gestreift. Viele Aspekte speziell zum tri-

ple-oppression-Ansatz sind vage bis ungeklärt (bspw. die Rolle von Nationalismus und Antisemitismus in dieser Konzeption; das Verhältnis von Kapitalismus und Imperialismus; die Frage, warum gerade hinter diesen Widerspruchslinien ein systemsprengendes Potential vermutet wird, zumal sich diese Strukturen bisher als gesellschaftliche Stabilisatoren erwiesen u.v.m.). Es ist eine Diskussion erforderlich, die weiter geht als bisher. Diese offensichtlichen Unklarheiten spiegeln sich auch in unseren Diskussionen wider, so daß wir immer wieder mit der grundsätzlichen Frage konfrontiert sind, welche theoretischen Aspekte dieser Ansätze konstruiert erscheinen und inwiefern sich diese an den realen Bedingungen bestätigen lassen. Nichtsdestotrotz bilden der triple-oppression-Ansatz und das hier vorgebrachte Imperialismus/Antiimperialismus-Verständnis unsere ausbaufähigen inhaltlich-praktischen Orientierungspunkte.

Neben diesem theoretischen Gerüst halten wir zwei Vorschläge hinsichtlich der Möglichkeit künftiger Organisierung und Praxis für bedeutend: das RZ-Koordinatensystem (militante/bewaffnete Organisation - Vermittlung - Verankerung - Vermassung) sowie die AIZ-Initiative, die als Bestandteile eines politischen Klärungsprozesses innerhalb der radikalen Linken eine gemeinsam geführte Diskussion über antiimperialistische Politik in der BRD, Organisierungsversuche und militante/bewaffnete Aktionen anführt.
Sowohl das RZ-Modell als auch der AIZ-Vorschlag sind zunächst einmal vereinfachte und im Prinzip zeitlich unabhängig geltende Orientierungen, die konzeptionelle Eckpunkte einer Organisierung militanter Politik an sich beinhalten, jedoch selbstverständlich den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen anzupassen sind.
Daneben bilden die Beweggründe für die Zäsur der RAF im April '92 und ihre Initiative des Aufbaus einer *sozialen Gegenmacht von unten* als Voraussetzung für eine einflußreiche breitgefächerte linke Basisbewegung einen weiteren Bezugspunkt unserer Überlegungen (mehr dazu in Kapitel IV.).

## III. ÜBER DIE LEGITIMITÄT MILITANTER POLITIK

Allgemeine Debatten um Sinn und Zweck militanter Praxis und konkretere Klärungsversuche hinsichtlich des Aktionsziels, -zeitpunktes, -niveaus und -ausmaßes spielen sowohl periodisch in den linken Szenen, als auch regelmäßig in militanten Gruppenzusammenhängen eine Rolle. Gerade militante Gruppen sehen sich einem permanenten Rechtfertigungsdruck ausgesetzt, der nicht nur von außen an diese herangetragen wird, sondern ebenso gruppenintern aus einem Selbstvergewisserungsmotiv erwächst. Da für solche Gruppen der Einsatz militanter Mittel sozusagen konstitutives Moment ist, ist dieser notwendigerweise immanenter Gegenstand der Gruppendiskussion. Feministische Kritik trug maßgeblich zur Auseinandersetzung um die Legitimität militanter Praxis bei.
Auslöser für das Zusammentragen unserer Gedanken zu Theorie und Praxis von militanter Politik waren die Reaktionen und Kritiken auf das Selbstauflösungspapier vom K.O.M.I.T.E.E. (Interim Nr. 344). Wir beziehen uns in unseren Ausführungen neben der K.O.M.I.T.E.E.-Erklärung auf folgende Beiträge:
-Nicht jede(r) kann anfangen (ak Nr. 383),
-VOLL DURCH DIE MITTE UND DOCH DANEBEN (Interim Nr. 352),
-E.I.N.I.G.E. G.E.D.A.N.K.E.N.... (radikal Nr. 153).

**1. Von Männern ausgeführte Militanz:**

Ausgangspunkt unserer Ausführungen zu Militanz bildet die geschlechtsspezifische Differenzierung und Bewertung militanter Gruppen hinsichtlich ihrer Organisationsstruktur und ihrer Aktionsformen. Andrea Dworkin schreibt über das Verhältnis von Männlichkeit und Gewalt u.a.: „In der männlichen Kultur sind sowohl Polizisten wie gesetzlose Helden. Helden sind sowohl jene Männer, die die Normen setzen, als auch jene, die sie brechen. Die Konflikte zwischen diesen Gruppen demonstrieren die männliche Leidenschaft für Gewalt: Konflikt ist Aktion. Aktion ist männlich. Es ist falsch, einen wirklichen Unterschied zwischen den einander bekriegenden Fraktionen männlicher Kultur sehen zu wollen: In Wirklichkeit arbeiten diese feindlichen Fraktionen in fast perfekter Harmonie zusammen, um auf die eine oder andere Art Frauen in ihrer Gewalt zu halten. Männliche Vorherrschaft bedeutet vor allem, als Mann gelernt zu haben, Gewalt gegen andere und besonders gegen Frauen willkürlich oder gezielt einzusetzen. Loyalität gegenüber dieser oder jener Form männlicher Gewalt, ihre Förderung in Sprache oder Tat, ist daher eines der wichtigsten Kriterien einer wirklich männlichen Identität."

INTERNATIONALES JAHR DER FRAU 1975
DDR
10

Diese These skizziert das Widerspruchsfeld, in dem wir uns als männlich zusammengesetzte revolutionäre Gruppe permanent bewegen. Obwohl wir diese Analyse in ihrer Ausschließlichkeit nicht teilen, da sie die Möglichkeit einer von Männern getragenen, nicht-patriarchal codierten Aktion leugnet, stellt das ständige Hinterfragen des eigenen Verhaltens eine zentrale Bedingung dar, um als Gruppe von Männern aktiv zu werden. Die Rezeption feministischer Kritik bietet die Möglichkeit, unsere Praxis mit einer korrektiven Außensicht zu konfrontieren. Dabei streben wir keine schnellen "Lösungen" an, vielmehr geht es uns um eine kontinuierliche Reflexion dieser Widersprüche. Von Männern getragene militante Politik kann bedeuten, patriarchales Verhalten unter revolutionären Vorzeichen zu kultivieren. Wenn Frauen hingegen die ihnen "zudiktierte weibliche Friedfertigkeit" mit der „bewußte(n) Entscheidung für gewalttätige Mittel" (Rote Zora) durchbrechen, besitzt dies einen qualitativ höheren Stellenwert. Frauenmilitanz durchbricht das gesellschaftlich vorgegebene Muster friedfertiger Weiblichkeit, von Männern ausgeübte Militanz entspricht oberflächlich betrachtet erstmal dem gesellschaftlichen Bild vom gewaltausübenden Mann. Also: Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.
Hier schließt sich für uns die Frage an, welche Mechanismen der Struktur militanter Gruppen und welche spezifisch patriarchalen Verhaltensmustern geschuldet sind. Wir denken, daß die Notwendigkeiten für die Funktionsfähigkeit und Sicherheit einer militanten Gruppe geschlechtsneutral benennbar sind, deren Umsetzung aber vermutlich geschlechtsspezifisch nach unterschiedlichen Kriterien vorgenommen wird. Unseres Erachtens ist zwischen patriarchalischen Mechanismen und klandestinen Erfordernissen von militanten Zusammenhängen zu trennen.
Klandestine Strukturen sind oft von langwierigen Planungsprozessen geprägt, die viel Geduld erfordern; die Vorarbeit Einzelner bildet den Hintergrund der kollektiven Handlungsgrundlagen der Gruppe. Das verdeckte Arbeiten erfordert eine strikte Abschottung zwischen Gruppenaktivität und Alltagskommunikation, welche die funktionale Unterteilung der Lebensbereiche reproduziert. Diese allgemeingültigen Erfordernisse klandestiner/militanter Gruppen unterstützen eher den für Männer vorgesehenen Lebensentwurf. Wir wissen

aus eigener Erfahrung, daß in männlich besetzten Gruppen funktionales Denken eine hohe Priorität hat, Abstraktionsvermögen nicht selten als Vehikel zur Vertuschung der eigenen Unsicherheiten verwandt wird und die Thematisierung von Ängsten immer wieder Überwindung kostet. Es dominiert eine distanziert-verklemmte Atmosphäre, die ausgelassene und warmherzige Umgangsformen selten zuläßt oder ritualisiert. Auch anfängliche Abenteuerlust und eine verkappte Sehnsucht nach Held(Inn?)entum spielen bei der Aufnahme einer militanten Praxis eine Rolle. Daß die beiden zuletzt genannten Mechanismen eher in Männerzusammenhängen auftreten, ist aufgrund fehlender Vergleichmöglichkeiten lediglich eine Annahme.
Als Beispiel für eine nicht patriarchal ausgerichtete Gruppe von Männern lassen sich die "Flammende Herzen" anführen, die seit mehreren Jahren Aktionen gegen militärische Männerstrukturen durchgeführt haben. In Abgrenzung zu militaristischen Prinzipien und soldatischen Tugenden schreiben sie, antipatriarchal bestimmte Militanz von Männern müßte „darauf ausgerichtet sein, die institutionalisierten und wilden Männerbünde und -banden zu entwaffnen. Ziel ist es nicht, die Macht über sie zu erringen, sondern HERRschaft zu zersetzen. Antipatriarchal bestimmte Gewalt hat ausschließlich das Ziel der Spaltung, der Zersetzung der Männerblöcke und patriarchalen Werte, die Schwächung der Kampfkraft, ohne selbst ein neues Heer zu kreieren, die geistige und materielle Entwaffnung."
Im Gegensatz zu den Flammenden Herzen denken wir, daß es in der Auseinandersetzung um eine antagonistische Gesellschaftsform auch um das Erringen von Macht geht, um die Möglichkeit von "Gegenmacht" . Mit ihrer Vorstellung lehnen sie sich stark an den Macht-/HERRschaftsbegriff der Roten Zora an, für die Macht und HERRschaft „untrennbar verknüpft" sind. Sie differenzieren nicht zwischen *Macht haben und HERRschaft ausüben*. Wir halten hingegen die Unterscheidung von Macht und HERRschaft für sinnvoll und notwendig. Die Verfügung über Macht ist für uns nicht unweigerlich mit HERRschaftsausübung verbunden, vielmehr sind die verschiedenen Interessenlagen und Motivationen für Macht-haben-wollen zu unterscheiden. Der Gefahr, daß sich mit dem Stellen der Machtfrage und dem Erringen von Macht die emanzipatorischen Ansprüche ins Gegenteil verkehren können und das ernüchternde Ergebnis ein Austausch der HERRschaftseliten ist, sind wir uns durchaus bewußt. 'Macht' kann zum Aufbau, zur Sicherung und zum Ausbau von HERRschaft, aber auch zur Zersetzung von HERRschaft eingesetzt werden. Eine zu HERRschaftsverhältnissen transformierte Macht findet sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, ist sozusagen eine netzförmig angelegte Struktur. Es gibt keinen Ort außerhalb der zu HERRschaft kristallisierten Machtstrukturen. Auch wir sind von diesen durchdrungen und reproduzieren sie in unterschiedlichen Ausmaßen. Um diesen gesellschaftlichen Zustand zu durchbrechen, müssen wir uns 'Gegenmachtmittel' aneignen. Dabei sind Inhalt, Funktion und Praxis des Gegenmachtsansatzes entscheidend. Unter der Voraussetzung eines radikal-emanzipatorischen Ansatzes einer Gegenmacht von unten", der die Perspektive einer befreiten Gesellschaft beinhalten muß, ist die Gleichung Macht = HERRschaft nicht aufrechtzuerhalten. *Gegenmacht von unten* hat über die Funktion der Nicht-Reproduktion der vorhandenen Gesellschaftsstruktur hinaus die Zersetzung der HERRschenden Machtkonstellationen zum Ziel. Es gilt zu verhindern, daß die Praxis der Gegenmacht zu einer erneuten bürokratischen Verkrustung (Institutionalisierung) und einem Austausch der HERRschaftseliten führt.

**2. Erweiterter Militanzbegriff:**

Militanz und militante Praxis haben in der BRD eine verengte Bedeutung, die sich auf Spreng- oder Brandsätze legen bzw. bewaffnet kämpfen reduziert. Auf dieses Verständnis von Militanz beziehen wir uns im folgenden. Konspirativ und klandestin organisierte Zusammenhänge tragen diese Bedeutung bewußt oder unbewußt weiter und verstärken sie. An sich bedeutet militant zu sein schlicht, kämpferisch zu sein, und ist nicht an bestimmte eingesetzte Mittel geknüpft. Wir schlagen in Folge dessen einen erweiterten Militanz-Begriff vor, der diesen verengten Rahmen verläßt und Militanz allgemein als eine entschiedene und unversöhnliche Haltung gegenüber HERRschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen versteht - quasi als eine sich in vielfältiger Weise ausdrückende Lebenshaltung. Dies schließt die bisher als militante Praxis verstandene Vorgehensweise als eine Ausdrucksform jener Lebenshaltung ein. Wir denken, daß sich hiermit einerseits eine Fetischisierung klassischer militanter Politik verhindern läßt und andererseits wird sie als ein Bestandteil revolutionärer Politik relativiert. D.h. nicht, daß die Verteilung eines Demo-Aufrufes und die Zündung eines Brandsatzes einfach gleichzusetzen sind; spätestens bei der Vorbereitung und Durchführung der jeweiligen Tätigkeit zeigen sich die Unterschiede. Mit dem Entschluß, mehr zu machen als Flugis zu verteilen, Demos zu organisieren, sprühen oder kleben zu gehen, eröffnen sich sukzessive individuelle und kollektive Handlungsoptionen.
Aufgrund des erhöhten Verfolgungsdrucks und drohendem Knast ergibt sich eine faktische, wenn auch ungewollte, Hierarchisierung militanter Aktionsformen. Die Intensität und der Aufwand militanter Aktionen differieren z. T. sehr, und der nachfolgende Grad der Repression ist immer mitzudenken. Davor die Augen zu verschließen, wäre fahrlässig. Die Kenntnis einer faktischen Hierarchie soll keine Wertskala von Aktionsformen einführen und redet keinem Hocharbeiten in der autonomen Leistungsgesellschaft das Wort (vgl. radi-Text), sondern versucht, den Aktionsaufwand und die Risiken für die Gruppe realistisch einzuschätzen.

**3. Militante Praxis als integraler Bestandteil revolutionärer Politik:**

Nach unserem Verständnis ist die Verbreitung und Umsetzung militanter Praxis ein integraler Bestandteil revolutionärer Politik. Wir gehen von der Prämisse aus, das die metropolitanen HERRschaftsstrukuren weder von allein kollabieren werden, noch durch eine „Einkreisung von außen" entscheidend geschwächt werden können. Die Initiative muß schon in den Zentren selbst erfolgen. Da der realexistierende Kapitalismus auf seine polizeilichen und militärischen Ressourcen zurückgreifen wird, werden wir stets Überlegungen anzustellen haben, wie eine linksradikale politisch-militärische Strategie gegen HERRschaftspolitik umgesetzt werden kann. Militante Politik, die strukturell, personell und thematisch in Bezug zu antiimperialistischer, autonomer und feministischer Basispolitik steht, ist sozusagen als eine „Vorform" einer durchdachteren und organisierteren politisch-militärischen Strategie zu verstehen. Der Begriff *militärisch* löst sicherlich Bedenken aus; ein vor- und umsichtiger Umgang damit ist auch dringend geboten. Dennoch werden wir, wenn wir eine revolutionäre Umwälzung als Vision nicht aufgeben wollen, nicht umhin kommen, uns mit Umsetzungsmöglichkeiten militanter, bewaffneter und auch (para)militärischer Politik zu konfrontieren.

Wie angedeutet, soll dies keine militarisierte Revolutionsromantik fördern, sondern ausschließlich dazu dienen, Aktionsziel, -zeitpunkt, -niveau und -ausmaß zu diskutieren und zu bestimmen. Es ist schwer, diese einzelnen Aspekte vom konkreten Einzelfall einer Aktionsdurchführung zu abstrahieren. Zumindest läßt sich eine Bandbreite

benennen, in der sich eine militante Anwendungspraxis theoretisch bewegen kann. Die Umsetzung einer Aktion hängt stets von den praktischen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Gruppe und von der Zugänglichkeit des anvisierten Objekts ab.

Zur Auswahl des Aktionsziels ist zu sagen, daß die größtmögliche Unmittelbarkeit zum praktisch aufgegriffenen Thema anzupeilen ist. Wenn bspw. Abschiebepolitik Ziel des Widerstandes ist, so ist die Abschiebemaschinerie selbst (Knasteinrichtung, AusländerInnenbehörden etc.) ins Visier zu nehmen. Nachgeordnet sind jene von Bedeutung, die zwar diese Maschinerie nicht hauptsächlich tragen, jedoch zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen(Baufirmen wie im Fall Grünau, Freßpakete-Service etc.). Je größer die Aktionspräzision, desto wirkungsvoller ist der Eingriff und umso leichter ist die Aktion zu vermitteln.

Der Aktionszeitpunkt im Rahmen einer Kampagne kann unterschiedlich gesetzt werden. Es kann sinnvoll sein, eine Aktion zeitlich zum Beginn einer anstehenden Kampagne zu plazieren, um die Initiative zu unterstützen. Ein militanter Eingriff ist auch in der Hochphase eines Kampagnenverlaufs vorstellbar, um das Level über eine längere Dauer zu halten. Beim Abflauen können militante Aktionsformen den drohenden Endpunkt einer Kampagne wenn schon nicht umkehren, doch zumindest verzögern.

Das Interventionsniveau kann sich für militante Zusammenhänge zwischen Dokumentenfälschungen, gezieltem Gebrauch von modernen Kommunikationsmitteln, kleineren Sabotageakten wie Sprühen und Kleben und dem Einsatz von Brand- und Sprengsätzen bewegen. Der Schußwaffengebrauch und die Tötung von relevanten EntscheidungsträgerInnen ist gesondert zu behandeln und setzt einen viel intensiveren Umgang mit der gesamten Materie voraus.

Das Ausmaß von Aktionsformen ist zum einen von den zeitlichen Kapazitäten der Gruppe abhängig und zum anderen von der dem Thema eingeräumten Relevanz. Zu entscheiden ist, ob wesentliche Kräfte auf ein Thema konzentriert werden, oder dosiert werden soll, damit Zeit und Raum für weitere Themenstellungen bleibt.

**4. Praktische Distanz zu Militanz?:**

In diesem Kontext ist auf die vielerorts konstatierte "praktische Distanz" (vgl. u.a. Interim-Artikel) zum Vorgehen von Gruppen wie dem K.O.M.I.T.E.E. einzugehen. Woraus resultiert diese Distanz bzw. warum ergreifen nur die wenigsten eine „klassisch" militante Praxis?

Für Linksradikale eröffnen sich unterschiedlichste politische Betätigungsfelder. Zudem sind die Lebensrealitäten in der Metropole von Kompromissen und Widersprüchen geprägt. Dies ist gewiß eine Binsenweisheit, aus der aber zu folgern ist, daß eine Mehrfachbelastung, bestehend aus „legaler" politischer Arbeit, „illegaler" Tätigkeiten und der individuellen Reproduktion und Existenzsicherung nur unter kräftezehrenden Anstrengungen zu bewältigen ist. Verzerrte Vorstellungen und Illusionen, die mitunter bei der Aufnahme einer militanten Praxis mitschwingen können, zerschlagen sich sehr schnell, wenn es darum geht, solch eine Mehrfachbelastung individuell und im kollektiven Rahmen zu organisieren. Der Aspekt der Belastung ist die eine Seite, der Aspekt des nicht existenziell Herausgefordertseins die andere.

Für viele MittelschichtsaktivistInnen erfolgt die Politisierung und Radikalisierung i.d.R. über moralische Bedenken und ist nicht Resultat der unmittelbar erfahrenen Unterdrückung (eine nicht allzu gewagte These, die vornehmlich auf weiße Metropolenmänner zugeschnitten ist). D.h. Moral fungiert als Übergang zur politisch bewußten Handlung, bei der revolutionärer Widerstand eben keine (nur) moralische Frage mehr darstellt. Da viele von uns in erster Linie "moralisch mobilisiert" sind, auch wenn sich zunehmend eine existenzielle Bedrohung bei jenen bemerkbar macht, die bislang nicht betroffen waren, ist die einmal kollektiv getroffene Entscheidung für militante Politik nichts Konstantes. Sie muß häufig erneuert werden.

Neben den eben besprochenen Faktoren der „Überbelastung" und des „moralischen Mobilisiertseins" ist die nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung von Repression ausschlaggebend für Distanz und Nichtaufnahme von militanter Politik. Außerdem kann aus einer taktischen Erwägung heraus eine (zeitweilige) Aussetzung militanter Praxis erfolgen.

Wenn wir die Prämisse von der Militanz als integralem Bestandteil revolutionärer Politik setzen, ist die Frage der „praktischen Distanz" zu militantem Vorgehen nicht allein an militante AktivistInnen zu richten. Linksradikale, die eine „praktische Distanz" zu Militanz verspüren, und damit nicht nur ein zeitlich befristetes Aussetzen meinen, sondern sich generell davon abwenden und ihr gar die Legitimation absprechen, sind umgekehrt durchaus nach der Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements zu fragen. Die Auseinandersetzung dreht sich u.E. nicht um militante Politik an sich, sondern um die Verknüpfung und Gewichtung von gemeinsamer inhaltlicher Diskussion, militanter/bewaffneter Politik und Organisierungsversuchen.

Eine dieser taktischen Fragestellungen findet sich im radi-Text, die den Punkt des Verhältnisses zwischen dem Stand der Bewegung und korrespondierenden Aktionen in Bezug auf mögliche Repression aufwirft. Die Frage nach diesem Verhältnis ist für uns nicht leicht zu beantworten und aufzulösen. Eine einfache Gleichung ist nicht aufstellbar. Mensch konnte zynisch einbringen, daß der Repressionsdruck nach dem gescheiterten K.O.M.I.T.E.E.-Anschlag und dem 13.6.95 erst Soli-Aktivitäten und Interesse an Sinn und Zweck von militanter Politik auslöste. Dieser Fehlschlag bzw. die Ereignisse nach dem 13.6. waren also durchaus mobilisierungsfördernd. Repressiven Schlägen kann, so zeigt sich, standgehalten und entgegengearbeitet werden. Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Arbeit auf weniger Schultern lastet, als in den Jahren zuvor.

Was ist die Alternative? Ein bloßes Herunterfahren oder Aussetzen von Aktionsformen jedenfalls nicht. Wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, eine Verknüpfung von Diskussion, Aktion und Organisierung in einem parallelen Prozeß unter uns herzustellen (mehr dazu im IV. Abschnitt). Hier sind all jene gefordert, die solch einen Prozeß einer gemeinsamen politischen Bestimmung für unabdingbar halten. Wir sind auf eine gegenseitige inhaltliche und praktische Resonanz angewiesen!

**5. Motive für und Vorwürfe gegen eine militante Politik:**




Wir denken, die Genossen vom K.O.M.I.T.E.E. haben relevante Aspekte zu Gründen und Absichten militanter Politik exemplarisch zusammengetragen: Eine weiterhin umgesetzte militante Praxis ermöglicht, den Glaubwürdigkeitsverlust der Linken nach außen und Resignation und Lähmung nach innen abzubauen, vielleicht zu durchbrechen. Der Einwand, daß ein Glaubwürdigkeitsverlust der Linken nicht allein auf militantem Terrain festzustellen ist, vielmehr in unseren eben nicht HERRschaftsfreien sozialen Räumen begründet liegt, ist allerdings ebenso richtig (vgl. Interim Artikel). Wenn politische

Zielvorstellungen, wie die Abschaffung von Abschiebeknästen, formuliert werden, ihre Verwirklichung aber nicht ernsthaft versucht wird, so geraten sie zu hilflosen Worthülsen ohne erfahrbare Folgen.
Militante Projekte einzustellen, bis eine umfassende Strategie entwickelt, ausgearbeitet und schließlich von vielen an- und aufgenommen worden ist, hieße, das Verschwinden linksradikaler Positionen zu beschleunigen, denn Aktionen fungieren oft als Vehikel für unsere Themenschwerpunkte. Nicht nur würden politische Vorstellungen weiter aus der Wahrnehmung verschwinden, auch die praktische Erfahrung einer militanten Intervention in die HERRschenden Verhältnisse wäre zumindest zeitweilig kein erkennbarer Bestandteil revolutionärer Politik in der BRD mehr. Es geht demnach auch darum, einen Pool von Eingriffsoptionen beizubehalten, damit diese nicht als undurchführbar gelten und aus dem Blickfeld geraten. Es wird für neu konstituierte militante Gruppen stets von Bedeutung sein, Vorlagen von schon existenten klandestinen und militanten Zusammenhängen zu haben und von ihrem inhaltlichen und praktischen Potential zu zehren.

Das ist kein Plädoyer dafür, mangelnden politischen Einfluß durch immer spektakulärere Aktionen zu kompensieren (vgl. ak-Kommentar). Dieser Vorwurf ist durch die militante Praxis nach der RAF-Zäsur hinsichtlich der „Spektakularität" und des „Konfrontationsniveaus" nicht gedeckt.

Die an die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s angelehnten Motive für militante Politik stießen bei Stellungnahmen z.T. auf grundsätzliche Kritik: Linksradikale Militanzmythen würden durch die K.O.M.I.T.E.E.-Politik fortgeschrieben, die gesellschaftsverändernde Bedeutung militanter Politikformen werde überschätzt, das K.O.M.I.T.E.E. nehme eine avantgardistische Rolle ein und verknüpfe Aktionen mit einem "Erweckungsgedanken" (vgl. Interim-Artikel und ak-Kommentar).
Uns ist in den letzten Jahren kein Statement eines militanten Zusammenhanges bekannt, der die Lage linksradikaler Politik in der BRD nicht als marginal beschrieben hätte. Diese Marginalität zeigt sich sowohl an der Aktionsanzahl, der -präzision und dem -niveau als auch an dem AdressatInnenkreis. Die Aktionen dienten vornehmlich der Festigung und Motivierung der eigenen Strukturen und bezogen sich mehrheitlich auf organisierten Widerstand im Trikont bzw. der Semi-Peripherie (Kurdistan), Gefangenenkämpfe (Mumia Abu-Jamal) oder auf Antifa- und Umstrukturierungsthemen. Wenn dabei gescheiterte Aktionen oder gar eine erzwungene Gruppenauflösung als demobilisierend begriffen wird, so ist das nur allzu berechtigt und nicht als Überschätzung militanter Aktionsformen auszulegen. Wir empfinden die K.O.M.I.T.E.E.-Auflösung gewiß nicht als Motivationsschub und Verbesserung unserer Ausgangsbedingungen! Und wir können keinen Grund erkennen, der eine wie auch immer geartete (Selbst-) Überschätzung rechtfertigen konnte!

Unsere Diskussionen über die Wirkung militanter Politik kreisten häufig um den Punkt, wann Aktionsformen die Schwelle vom „symbolisch-mittelbaren" zum unmittelbaren Eingreifen in Infrastruktur und institutionelle Arbeitsabläufe überschreiten. Bei der Frage nach dem „symbolischen/nicht-symbolischen" Charakter einer Aktion ist die Wahl der eingesetzten Mittel zunächst einmal sekundär. Die Zündung eines Sprengsatzes vor einem Gebäude, der lediglich eine beschädigte Fassade hinterläßt, verursacht keine nachhaltige Zerstörung der materiellen Infrastruktur, so daß Arbeitsabläufe nicht oder nur unwesentlich ausgesetzt werden müssen. Die technische Wirkung und der materielle Schaden sind gering, eine solche Aktion kommt nicht über den Rahmen des „Symbolischen" hinaus. Da die technische Wirkung bei der Mehrzahl der Aktionen eher zu vernachlässigen ist, wird in erster Linie auf eine politische Wirkung (Thematisierung/Mobilisierung bspw. einer Kampagne) gesetzt. Es soll der Öffentlichkeit und den HERRschenden bewußt gemacht werden, daß sich fundamentaloppositioneller Widerstand ungeniert seiner Ausdrucksformen bedient. Ob sich tatsächlich eine thematisierende/mobilisierende Wirkung einstellt, bleibt für die agierende Gruppe bis zu einem gewissen Grad unbeeinflußbar (Frage nach der Akzeptanz der Aktion bzw. der inhaltlichen und praktischen Aufnahme innerhalb der Szene; inwieweit ist sie öffentlich registriert worden, etc.). Darüber hinaus bleiben (Einzel-)Aktionen, die durchaus (im Idealfall) die Kriterien der technischen und politischen Wirkung erfüllen (Bsp. Sprengung eines Abschiebeknastes) faktisch bis zu dem Zeitpunkt symbolisch , bis sie sich in einem relevanten Ausmaß vermassen und damit eine materielle Infrastruktur umfassend funktionsuntüchtig machen. Eine Abschiebemaschinerie käme u.U. erst dann ins Stocken, wenn eine Vielzahl von militanten Zusammenhängen Abschiebepolitik zu ihrem politischen Brennpunkt machen würde.
Wir wissen, die Realität sieht anders aus. Uns fehlen die Kräfte dazu, außerdem stellen uns die Sicherheitsvorkehrungen vor Ort vor enorme Schwierigkeiten. Militante Projekte werden in der BRD vorerst versuchen müssen, Themen zu benennen, um eine politische Wirkung zu entfalten. Soviel zum Aspekt „Überschätzung" militanter Politik heute.

Mit den fast schon ritualisierten Vorwürfen der „Mythenbildung" und des „Erweckungsgedanken" wird vernachlässigt, daß militante Zusammenhänge ihre Aktionen i. d. R. in den Rahmen einer Kampagne stellen oder Themen aufgreifen, die bspw. Teil des triple-oppression-Ansatzes sind (von der AIZ-Politik sei hier abgesehen). D.h. es ist darauf zu achten - und so haben wir auch die Ausführungen des K.O.M.I.T.E.E.s aufgefaßt, daß Aktionen im Kontext linksradikaler Basispolitik stehen bzw. über ein (wenn auch kleines) politisches Pendant verfügen. Hierin drückt sich die Wechselbeziehung zwischen Basispolitik und „flankierenden" Aktionen aus. Wenn diese Wechselbeziehung von militanten Gruppen berücksichtigt wird, kann der Tendenz, daß jede militante Kleingruppe eine isolierte ist (vgl. radi-Text), entgegengesteuert werden. Sicherlich ist eine kampagnenbezogene Aktion in bewegungsarmen Zeiten nicht in einen zahlenmäßig großen Teilbereichskampf eingebettet. Sie vermag aber in Verbindung mit der linksradikalen Szenen zu wirken, um die „Bodenhaftung" nicht zu verlieren.
Ähnlich unverständlich erscheint uns der Avantgardismus-Vorwurf. Da der Begriff „Avantgarde" derart negativ besetzt ist, nimmt der Vorwurf schon fast einen diffamatorischen Charakter an. Worauf stützt er sich? Auf die Intention, eine politisch orientierende Rolle einzunehmen? Politische Akteure zu sein? Impulse setzen zu wollen und Verantwortung zu übernehmen? Den Wunsch zu haben, daß bestimmte Themen von anderen aufgegriffen werden?
Auch wir verfolgen diese Intentionen mit unserem Vorgehen. Wir finden dabei nichts Anrüchiges, denn nur so lassen sich im solidarischen Widerstreit politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausbilden, entsteht „Bewegung".

## IV. ORGANISIERUNG UND ORGANISIERUNGSKONZEPTE MILITANTER POLITIK:

Die GenossInnen aus der radi reißen zum Abschluß ihres Textes den Punkt der Organisierung und Vernetzung verbliebener militanter Gruppen an. Dabei wird der Erarbeitung neuer Vernetzungskonzepte für die Weiterführung linksradi-

kaler militanter Politik eine zentrale Bedeutung beigemessen.

Dem ist im Grundsatz nur beizupflichten. Allerdings bleiben die Ausführungen bei der Proklamierung der Notwendigkeit neu zu erarbeitender Konzepte stehen. Wir denken, wir sollten bei der Thematisierung der Organisierungs- und Vernetzungsfragen einen Schritt vor der Neuerarbeitung militanter Konzeptionen beginnen. Andernfalls wären wir dem Marketing-Gedanken erlegen, immerzu mit einer großen Innovation aufwarten zu müssen. Zunächst sollten die bisherigen Vorstellungen besprochen und ihr jeweiliger politischer „Gebrauchswert" bestimmt werden. Das bedeutet, daß wir uns unsere linksradikale Geschichte aneignen und die gemachten Erfahrungswerte berücksichtigen.

Nicht das Entwerfen neuer Schnittmuster für die Organisierung militanter Politik kann im Vordergrund stehen, sondern die Reflexion und das Zusammentragen der vorhandenen Ansätze und Gedanken. Wir werden merken, daß auf grundsätzliche Aspekte zurückgegriffen werden kann. Dabei brauchen wir gar keine großen historischen Ausflüge zu unternehmen, sondern uns schwerpunktmäßig auf die Diskussionen von bewaffneten und militanten Gruppen seit den 90er Jahren konzentrieren.

**1. Auswahl verschiedener Organisierungskonzepte:**

Wir nehmen vor allem Bezug auf die innerhalb des RZ-Zusammenhangs geführte Debatte Ende 1991 bis Mitte 1992 (einschließlich des schriftlichen Interviews einer nicht aus dem Traditionsverein kommenden RZ, vgl. radi Nr. 147, März '93), bei der u. a. die Bedeutung und Funktion des RZ-Koordinatensystems (Aktion Vermittlung - Verankerung - Vermassung) behandelt wird. Die AIZ-Initiative, die als Bestandteile des politischen Klärungsprozesses für eine Neubestimmung einer antiimperialistischen Politik in der BRD einen parallelen, von unterschiedlichen Zusammenhängen getragenen Prozeß von inhaltlicher Diskussion, Organisierungsversuchen und bewaffneten/militanten Aktionen vorsieht, bietet ebenso Ansatzpunkte für eine Vernetzung. Darüber hinaus werden wir uns mit der RAF-Vorstellung des *Aufbaus einer sozialen Gegenmacht von unten*, die nach der Zäsur im April '92 zum zentralen Punkt in der RAF-Politik wurde, beschäftigen. Die erstgenannten Konzepte konzentrieren sich auf die Organisierung des militanten linksradikalen Spektrums, während es der RAF vor dem Hintergrund bewegungsarmer Zeiten in erster Linie um die Voraussetzungen, Bedingungen und Realisierungschancen einer breiten und sich an verschiedenen gesellschaftlichen Konfliktlinien entwickelnden linken emanzipativen Bewegung geht.

1.1. RZ-Koordinatensystem:

Das RZ-Konzept ist darauf ausgerichtet, daß sich die Politik der RZ in einem aktiven linksradikalen Umfeld verankert, dort vermasst und schließlich über den linksradikalen Rahmen hinaus in sozialen Konflikten politisches Gewicht erlangt. Dabei lag die Fixierung auf der linksradikalen Bewegung, auf die sich orientierend bezogen werden sollte. Sie fungierte als Transmissionsriemen zwischen der Guerilla und den potentiell zu politisierenden „Massen". Die „Qualität (des RZ-Konzepts Anm. v. uns)", so eine RZ im schriftlichen Interview, „zeigt sich in der autonomen Organisierung, die den politischen und strukturellen Ungleichzeitigkeiten Rechnung trägt und trotzdem die Möglichkeit beinhaltet, sich gemeinsam zu organisieren, um ein politischer Faktor zu werden". Das politisch Verbindende, gerade der RZ, die nicht dem (strukturell verbundenen?) Traditionsverein angehören, besteht weniger in einer gemeinsam formulierten Theorie, als vielmehr in einer gleichförmigen Praxis. Das macht sich an dem Aktionsniveau ebenso deutlich wie an der Erfahrung, die mit dem RZ-Konzept transportiert wird, daß militante Politik aus dem Alltag heraus und aus legalen Zusammenhängen entfaltet werden kann.

Hieraus erwuchs die Kritik, die insbesondere von der RZ aufgeworfen wurde, die sich selbst auflöste ("Das Ende unserer 'K"), daß das RZ-Konzept eher ein Aktionsmodell sei, denn Ergebnis einer politischen Theorie. Hier drückt sich vor allem das Spannungsverhältnis zwischen einer Organisierung an der Praxis bzw. einer, die sich primär auf eine inhaltliche Übereinstimmung der politischen Zielsetzungen gründet, aus.

Zudem habe sich das RZ-Koordinatensystem infolge der welthistorischen Veränderungen nach '89 und dem damit einhergehenden Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken überlebt. Zwischen dem RZ-Organisationszusammenhang und den verschiedenen Teilbereichsbewegungen habe sich keine tatsächlich vitale Wechselbeziehung ergeben, es beschränkte sich mehr auf eine Parallelität von Kampfmethoden.

Andere, wie jene RZ, die ihren Text mit „Tendenz für die internationale soziale Revolution" betitelte, oder jene, die das schriftliche Interview gab, wenden sich gegen eine lineare und statische Auslegung des RZ-Koordinatensystems. Davon auszugehen, daß das RZ-Koordinatensystem bruchlos mit den gesellschaftlichen Prozessen korrespondiere und es zwangsläufig zu einer massenhaften Aufnahme der Anregungen der RZ hätte kommen müssen, sei eine starke Vereinfachung. Bei dieser Meßlatte wäre das konstatierte Scheitern bewaffneter/militanter Politik vorprogrammiert. Darüber hinaus handele es sich um einen pädagogischen Avantgardeanspruch.

Die interviewte RZ entgegnet dem Vorwurf, das von der RZ praktizierte Konzept sei im wesentlichen ein Aktionsmodell. Das Konzept ist nicht in der Form angelegt, welche die Aktionsmittel aus der politisch-inhaltlichen Diskussion loslöst, "Vermittlung, Vermassung und politische Weiterentwicklung müssen in einen Prozeß wechselseitiger Diskussionen eingebettet sein".

Später führt sie aus, daß „militante Praxis nicht nur durch Aktionen sichtbar werden (sollte). Die differenzierte inhaltliche Vermittlung unserer Analysen und Ziele sind wesentlicher Bestandteil unserer Politik und von militanter Praxis nicht abtrennbar".

Die Schwierigkeit der Vermittlung zwischen der Politik der RZ und den Teilbereichsbewegungen besteht allerdings in dem mangelnden Austauschprozeß, der sich vornehmlich aus der Ungleichzeitigkeit der Vielzahl linker Kämpfe sowohl inhaltlich als auch in der Wahl der Mittel ergibt. Um diese Kluft zu überbrücken, ist es unabdingbar, daß sich beide Seiten zueinander kritisch und selbstkritisch in Beziehung setzen bzw. ihr jeweiliges Verhältnis zueinander öffentlich machen.

1.2. AIZ-Ansatz:

Folgend wollen wir den von der AIZ aufgeworfenen Ansatz darstellen, der als Bestandteil eines notwendigen Klärungsprozesses innerhalb der radikalen Linken inhaltliche Diskussionen, Organisierungsversuche und bewaffnete/militante Aktionen benennt. Auf die in den vergangenen Monaten recht ausführlich vorgetragene Kritik an der AIZ, die wir teilen (bspw. ihr Aktionsverständnis der „potentiell tödlichen Wirkung", die positive Übersteigerung islamisch-revolutionärer Gruppen als trikontinentale Bezugspunkte etc.) werden wir hier nicht im einzelnen eingehen. Uns interessieren in diesem Zusammenhang mehr die organisatorischen Vorstellungen (vgl. die AIZ-Stellungnahmen vom 13.12.93 und 8.7.94). Singgemäß wird neben den drei Bestandteilen des Klärungsprozesses darge-

legt, daß die Neubestimmung antiimperialistischer Politik in der BRD von unterschiedlichen bewaffneten/militanten Zusammenhängen getragen werden soll. Die Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmug der einzelnen Zusammenhänge hinsichtlich der Aktionsdurchführung sei dabei zwingend notwendig. Ebenso könne kein Zusammenhang im gleichzeitigen Prozeß von Diskussion und Aktion im Mittelpunkt stehen. Das politisch Verbindende der aktiven revolutionären Gruppen entsteht im gemeinsamen Kampfprozeß schrittweise und formuliert sich in einer ausführlichen öffentlichen Diskussion. Unter Organisierung versteht die AIZ keinen Aufbau formaler Strukturen, sondern einen Prozeß des Zusammenkommens auf inhaltlicher Grundlage. Diese inhaltlich-politische Grundlage beinhaltet die triple-oppression-Analyse „vor dem Hintergrund des internationalen Kriegsverhältnisses zwischen dem Imperialismus und den Weltmassen".

1.3. RAF-Initiative für den Aufbau einer "sozialen Gegenmacht von unten";

Die von 1989 bis 1991 reichende Übergangsphase der RAF führte ausgehend von einer weltweit und innenpolitisch veränderten Situation zu der Vorstellung eines parallelen Prozesses der Reflexion ihrer Geschichte, des inhaltlichen Neubestimmungsversuches und der Fortführung des allerdings mit konkreten Forderungen verknüpften bewaffneten Kampfes. Charakteristisch für die Neuausrichtung ihrer Politik waren beispielsweise die Aktionen gegen die US-Botschaft während des Golfkrieges und gegen den Treuhandchef Rohwedder. Da diese Übergangsphase nicht den politischen Raum für eine gemeinsame Diskussion innerhalb der Linken eröffnete, erfolgte mit der April-Erklärung 1992 die Rücknahme der Eskalation. Mit diesem Einschnitt lag die Priorität der RAF-Politik auf einer gemeinsam vorgenommenen Neubestimmung der inhaltlichen Ausrichtung, des Konfrontationsniveaus und der Organisierung einer Gegenmacht von unten. "...was wir jetzt und für die nächste Zeit am wichtigsten finden: die seit langem notwendigen gemeinsamen Diskussionen und den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedensten Gruppen und Menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom Alltag der Menschen in dieser Gesellschaft, aus dem für viele die Notwendigkeit drängt, ihre eigene Lage in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach Lösungen zu suchen. Wir denken, solche Zusammenhänge können die Basis werden von der Kraft, die wir Gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt" (April '92). Daraus folgt konkret, daß die alleinige Orientierung auf die "Einheit der RevolutionärInnen" die Vielfalt der Kämpfe negiere; "eine emanzipatorische Bewegung muss die Auseinandersetzung um alle Unterdrückungsverhältnisse wie Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus führen, um im Kampf zu ihrer Aufhebung zu kommen" (März '94). Den Kern der Gegenmachtsvorstellung bilden demnach soziale Aneignungsprozesse, die mittels Alternativen den sozialen Inhalt der Kämpfe identifizierbar machen und somit der Zerstörung des Sozialen entgegenwirken sollen.

**2. Der spezifische "Gebrauchswert" der konzeptionellen Ansätze:**

2.1. „Gebrauchswert" der RZ- und AIZ-Konzepte:

Nach der knappen Skizzierung der drei Ansätze bleibt zunächst die Frage nach dem spezifischen "Gebrauchswert" der RZ- und AIZ-Vorstellungen für die Organisierung militanter Politik in der BRD unter den gegebenen Umständen. Wenn wir im zweiten Kapitel unseres Textes den exemplarischen Charakter dieser konzeptionellen Eckpunkte hervorgehoben haben, so vor dem Hintergrund, dass jede militante Initiative darauf bedacht ist, ihre Inhalte zu vermitteln. Die Vermittlung kann nicht das alleinige Ziel sein, vielmehr ist darauf zu setzen, dass die Inhalte und die Aktionsform zu einem festen Bestandteil anderer Zusammenhänge werden, also sich verankern. Das zu erreichende Ziel ist ein Aufgreifen und Nachahmen der Inhalte und der Aktionsform durch Angehörige des linksradikalen Spektrums und eventuell darüber hinaus (Vermassung). Ähnlich verhält es sich mit den organisatorischen Elementen der AIZ. Um zu einer politischen Wirksamkeit revolutionärer Praxis zu kommen, müssen die bewaffneten/militanten Aktionsformen durch möglichst breit geführte Debatten inhaltlich/theoretisch unterfüttert sein und Organisierungsbestrebungen auslösen und fördern. Die beiden Vorstellungen diesbezüglich variieren nicht wesentlich, Kern ist jeweils ein Prozess, in dem militante/bewaffnete Praxis inhaltlich legitimiert und organisatorisch umrahmt wird (Vernetzung).
Diese Intentionen militanter Politik können sowohl für bewegungsstarke als auch für bewegunsschwache Zeiten Gültigkeit beanspruchen.
Entscheidend ist die Konkretion dieses Grundmusters militanter Politik: Zu fragen ist nach den Themen und gesellschaftlichen Kämpfen, die militant aufgegriffen werden sollen, sowie nach den angewendeten Aktionsmethoden, die eine Aufnahme revolutionärer Politik durch andere anregen und ein Erreichen weiterer Kreise begünstigten. Ob dabei das inhaltliche (Diskussion), praktische (Aktion) oder organisatorische (Vernetzung) Moment im Vordergrund steht, ist einerseits Ergebnis der Gesamtsituation der linksradikalen Szene und andererseits Ergebnis der gruppenindividuellen Schwerpunktsetzung.
Wenn die Erarbeitung einer revolutionären Perspektive weiterhin Prämisse sein soll, dann geht es nicht um eine Demontage und ein generelles Infragestellen militanter Orga-Konzepte, sondern um deren Ausrichtung und Auslegung.

Interessant ist an beiden Ansätzen, dass mit einer Vernetzung nicht in erster Linie eine strukturelle gemeint ist, sondern die inhaltliche Diskussion und theoretische Übereinstimmung (evtl. noch die abgestimmte Wahl der Aktionsmittel) verbindende Klammer der Zusammenhänge sein soll. Dies ist sicherlich eine realistische Ausgangssituation, denn der Aufbau einer gruppenübergreifenden strukturellen Vernetzung von militanten Zusammenhängen ist mit etlichen Hindernissen verbunden. Jede Kontaktaufnahme mit Gruppen oder Einzelpersonen birgt existentielle Risiken für die eigene Gruppe. Da die Koordinierungsmöglichkeiten einer strukturellen Vernetzung ab einem gewissen Auslastungsgrad von Gruppenbeteiligungen und räumlicher Ausdehnung erschöpft sind, und die Aufnahme von neuen Gruppen sich als kompliziert erweisen wird/könnte, wird sich die Frage einer Vernetzung auf inhaltlicher Grundlage immer stellen. Regionale strukturelle Verknüpfungen scheinen da noch am ehesten realisierbar, da nur die wenigsten logistisch in der Lage sein werden, BRD-weit zu agieren. Dabei spielt auch das "Stadt-Land-Gefälle" eine Rolle. In Großstädten dürfte der Versuch des Aufbaus einer gruppenübergreifenden Struktur um einiges leichter fallen. Jene, die sich in der Lage sehen, eine strukturelle Vernetzung umzusetzen, sollten die Voraussetzungen dafür einleiten.
Aber zurück zur Vernetzung auf inhaltlicher

Grundlage. Die vielfältigen Schwierigkeiten liegen auf der Hand: Welcher Modus ist für eine inhaltliche Übereinkunft von nebeneinander existierenden militanten Gruppen vorstellbar? Lassen sich Konsensthemen bestimmen, auf die sich die Gruppen zwischenzeitlich inhaltlich und praktisch konzentrieren? Auch hier wird die Ungleichzeitigkeit der einzelnen Gruppen von Bedeutung sein. Einige werden sich mit den Widrigkeiten der internen Reproduktion herumzuschlagen haben, andere sind dabei, ihre praktischen Fertigkeiten auszubauen, wiederum andere ziehen andere Themenstellungen vor...

Diese offenen Fragen wären bei einer schon etablierten strukturellen Verknüpfung nicht derart gravierend.

Auch der Vorschlag einer Diskussion innerhalb der sich Gruppen aufeinander beziehen, wird hiermit nicht zum ersten Mal offeriert. Anfang '94 erfolgte von der Gruppe "Kein Friede" ein solcher Aufruf, dessen Resonanz, wenn wir es dezent ausdrücken sollen, äusserst bescheiden war. Sie schrieben, wohl in weiser Voraussicht: "Wir wissen, der Appell (...) muss folgenlos verhallen, wenn es einen organisierten Rahmen für solch eine Diskussion gar nicht gibt". Wir sollten also auch nicht der Illusion verfallen, dass eine angestoßene und thematisch abgesteckte Diskussion im Nu großen Anklang findet und nach wenigen Wochen handfeste Ergebnisse zeitigt, die auf die gesamte linksradikale Szene eine politikbestimmende Wirkung haben. Zwischen dem Ausgangstext, Reaktionen und Erwiderungen liegen oftmals lange, Monate umfassende Zeiträume. Es ist vorstellbar, daß aufgrund von Ungleichzeitigkeiten offene Fragestellungen von einzelnen Gruppen nicht mitdiskutiert werden können, aber dennoch Einfluß auf deren Politik ausüben. Diskussionen verlaufen also nicht selten diskontinuierlich und können für einzelne Gruppenzusammenhänge erst für einen späteren Zeitpunkt bedeutsam sein.

Wenn eine organisierte Diskussion in linksradikalen Medien einen Sinn ergeben soll, so muß nicht nur eine themen-, aktionsform- gruppenstrukturspezifische (bspw. Teil der linksradikalen Bewegung und keine davon abgekoppelte Separatstruktur) Verständigung erfolgen, sondern diese Diskussion sollte auch eine Korrektivfunktion haben. Wäre die AIZ-Politik von Beginn an Aspekt einer vorab geplanten inhaltlichen Diskussion über die Neubestimmung revolutionärer Praxis in der BRD gewesen, hätte sie sich aufgrund der massiv vorgetragenen und begründeten Kritik, von einem Gutteil ihrer inhaltlichen und praktischen Bestimmungen zu verabschieden. Die Autonomie der einzelnen Zusammenhänge kann nicht dazu instrumentalisiert werden, sich berechtigter kritischer Einwürfe einfach mit Hinweis auf eben Jene Autonomie zu entledigen. Übersetzt heißt das, daß eine organisierte Diskussion, deren Sinn und Zweck im Vorfeld abgesteckt ist, und die eine möglichst rege Beteiligung erfährt, einen verbindlichen Charakter haben muß. Sich aus solch einem Diskussionsrahmen auszuklinken oder diesen nur noch am Rande zu begleiten, bleibt natürlich den Gruppen unbenommen. Wie sollte es auch anders sein !?

Einen weiteren Punkt im Zusammenhang mit Organisierungsfragen militanter Strukturen wollen wir ansprechen. In der RZ-Debatte war die Wechselbeziehung zwischen der RZ als Guerillastruktur und linken/linksradikalen Basisaktivitäten ein wichtiger strittiger Aspekt. Wenn eine Organisationsstruktur außerhalb von Basispolitik angelegt ist, sind Stoffwechselstörungen zwischen den Ebenen geradezu zwangsläufig. Widerstandsformen, die - wie eine mit illegalen Mitteln operierende militante Struktur und legale Basisaktivitäten - voneinander entkoppelt werden, werden stets nur mühsam wieder in Beziehung zu bringen sein. Wir denken, daß sich beide Ebenen für eine Gruppe, die auch militant agiert, sicherlich unter Mehraufwand, zusammenbringen lassen. Das heißt nicht, daß die Gruppe als solche an Basisaktivitäten beteiligt ist, sondern daß einzelne in unterschiedlichen legalen Bereichen aktiv sind.

Wenn sich die Probleme der fehlenden Wechselbeziehung zwischen militanter Struktur und Basis als Zerreißprobe für einen kompletten Organisationszusammenhang isen, muß eine Lehre daraus sein, solch eine Diskrepanz erst gar nicht aufkommen zu lassen, indem beide Ebenen Bestandteile des Orga-Konzeptes sind. Auch wenn das eine Aktion weniger im Jahr bedeutet.

Wir sehen dies auch als Möglichkeit, einem erweiterten Militanzverständnis, wie in Kapitel III. geschildert, entgegenzukommen. Die Entscheidung, wie Gruppenangehörige zwischen militanter Politik und Basisaktivität gewichten, ist klärungsbedürftig. Ob die Gewichtung festgelegt ist oder auch variieren kann, ergibt sich aus der jeweiligen aktuellen und taktischen Bedeutung des einen bzw. anderen. Klar ist jedenfalls, daß militante Praxis zeitintensiv ist und einen Schwerpunkt gerade während Aktionsvorbereitungen nahelegt.

## 2.2. "Gebrauchswert" der RAF-Initiative:

Die RAF-Vorstellung einer "Gegenmacht von unten" wurde nach der April-Erklärung von verschiedener Seite mit Kritik bedacht. Michi Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter betonen in dem Text "Über das Schleifen von Messerrucken" (Juli '921, "daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt." Eine Verankerung in "sozialen Gegenden" ist nach Ali Jansen et al. Voraussetzung für, aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Basiskämpfe und „gesellschaftliche Lösungsmodelle von unten" sind hinsichtlich ihres revolutionären Potentials sowohl in ihrer Begrenztheit als auch ihrer Radikalität einzuschätzen. Entscheidend ist, ob relevante Kämpfe den Blick auf den gesamtgesellschaftlichen Unterdrückungszusammenhang freilegen oder verschütten - also einen antagonistischen Charakter annehmen oder nicht („keine Lösung unterhalb der Revolution"). Aufgabe revolutionärer Politik ist es, jene zu initiieren und auf Kämpfe inhaltlich und politisch einzuwirken, "die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten". Dabei geht es nicht um eine vorab ausgearbeitete Gesamtstrategie revolutionärer Politik, sondern um einen kritischen und selbstkritischen Prozeß, in dem politische Kriterien entwickelt und überprüft werden und durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.

Die Broschürengruppe bemängelt in ihrer Referatsvorlage Zur Volks-Uni Pfingsten '94 in Berlin, daß die RAF mit ihrer Zäsur "keine revolutionäre (Re)-Orientierung an den Widersprüchen in der hiesigen Gesellschaft (vollzog)". Mit dem Konzept der *Gegenmacht von unten* verwende die RAF weiterhin einen strukturell widerspruchsfreien Gesellschaftsbegriff, der sich einer an den gesellschaftlichen Widerspruchslinien orientierenden Politik verschließe.

Weitere kritische Anmerkungen beziehen sich u.a. darauf, daß die RAF die Zäsur ohne "strategische Orientierung" traf (vgl. Like a rolling stone... Zur Krise der revolutionären Linken, Aug. 94) bzw., daß keine politische Entwicklung zur Diskussion gestellt wurde, "sondern nur die Schlußfolgerungen durch die RAF" ( Kein Friede, Jan. '94).

Die RAF ist mit ihrer Stellungnahme vom 6.3.94 auf die Einwände eingegangen und hat versucht ihre vorangegangenen Ausführungen zu präzisieren. Dennoch verweisen die eben aufgeführten

Kritikpunkte auf einige Gefahrenquellen, die sich aus dem Vorschlag des *Aufbaus einer sozialen Gegenmacht von unten* ergeben und die nicht ausgeräumt werden konnten. Die inhaltliche Ausgestaltung des Gegenmachtsmodells ist trotz der vorgenommenen Präzisierungen äußerst allgemein gehalten. Das ist im Grunde auch nicht weiter verwunderlich, denn es wäre absurd, davon auszugehen, daß einige wenige linksradikale Zusammenhänge in der BRD in der Lage wären, eine Bewegung vorwegzunehmen. Faktoren für die Entstehung und den Verlauf einer nicht nur punktuellen, sondern einer allumfassend antagonistisch wirkenden Bewegung im Vorfeld prognostizieren zu wollen, ist und bleibt ein hoffnungslos spekulatives Unterfangen. Das überraschende bzw. vermutete Aufkommen von Bewegungsformen und deren oftmals enormen Zerfallserscheinungen lassen weder detaillierte Konzeptionen für den Aufbau einer linken Bewegung zu, noch sind gesicherte Aussagen über deren mittel- oder langfristige Richtung möglich.

Auffallender als die vage Umschreibung des Gegenmachtsmodells finden wir allerdings die konturenlose Definition ihrer eigenen Rolle als RAF in diesem Prozeß. Es heißt lediglich lapidar, „daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann" (April-Erklärung '92) bzw., daß es ihnen um einen Prozeß geht, „in dem sich die Guerilla eine Funktion für die gesellschaftliche Veränderung von unten aneignet. Wir haben es mal auf den Begriff 'Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung' gebracht" (August-Erklärung '92). Auffallend finden wir es deshalb, weil sich die RAF innerhalb des linksradikalen Spektrums offenkundig nicht selbst zu verorten vermag und sich ihres eigenen Stellenwertes nicht bewußt ist. Die RAF hat mit diesen Aussagen leider wenig Anhaltspunkte hinsichtlich ihres künftigen Betätigungsfeldes gegeben, weder wo sie für sich Interventionsmöglichkeiten sehen würde, noch wie das Verhältnis zwischen ihr als Metropolenguerilla und sozialen Bewegungen gestaltet werden könnte. Eine Konkretisierung des Begriffs „Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung" ist für eine weitere Diskussion notwendig.

Allerdings gab es auch von Seiten der Linken kaum Versuche, dieses inhaltliche und organisatorische Dilemma zu beseitigen. Dies zeugt insgesamt von großer Verunsicherung. Das Gegenmachtsmodell müßte die Frage beantworten, auf welche Weise Metropolenguerilla, militante - an Basiskämpfen orientierte - Gruppen und Basisstrukturen/Bewegungstendenzen inhaltlich, aktionsformspezifisch und organisatorisch/strukturell miteinander interagieren können. Damit geht es zum einen um eine konkretere Vorstellung, welche Aufgaben und Funktionen die verschiedenen Widerstandsebenen sich selbst zuschreiben. Zum anderen müßte ein Weg gefunden werden, auf dem die einzelnen Ebenen ihre Kämpfe im gemeinsamen Gegenmachtsprozeß zusammenbringen, sich gegenseitig wahrnehmen und unterstützen.

In diesem Zusammenhang lassen sich alle erdenklichen Fragen nach den Wechselbeziehungen zwischen Guerilla, militantem Widerstand und Basisstrukturen diskutieren. Zu fragen ist, ob solch ein Schema heutigen Anforderungen in taktischer und strategischer Hinsicht entspricht und perspektivreich erscheint. Wir für unseren Teil halten eine Auseinandersetzung über dieses Schema im Zusammenhang mit der Klärung des Zusammenwirkens der einzelnen Widerstandsbereiche einer sozialen Gegenmacht von unten für lohnend, werden es aber zunächst hierbei belassen, da der Schwerpunkt dieses Textes in der Erörterung der Organisierung militanter Gruppen liegt.

## V. FAZIT:

Mit diesem Text haben wir versucht die strategischen und taktischen Ansätze unserer Politik zu umreißen. Für die Überwindung der HERRschenden Verhältnisse geht es uns um die Erarbeitung allgemeiner Formen und Methoden zur Erreichung dieses strategischen Ziels. Die jeweiligen taktischen Schritte, die den strategischen Prämissen untergeordnet sind, müssen sowohl das Potential der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten als auch die gegebenen gesamtgesellschaftlichen Umstände zum Ausgangspunkt der Interventionen haben. Die inhaltliche, praktische und organisatorische Konkretisierung der eigenen Politik ist etwas Prozeßhaftes und niemals in sich abgeschlossen.

Um es zunächst auf eine simple Formel zu bringen: Wir zielen strategisch auf die Entwicklung einer kommunistischen Gesellschaft durch die Revolutionierung der HERRschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen ab. Damit solch ein antagonistischer inhaltlicher Entwurf eine reelle Chance erhält, ist es nicht nur wichtig, das innergesellschaftliche Gefüge der BRD zu erschüttern, sondern ebenso internationalistische Bezüge herzustellen. Um einer innergesellschaftlichen Umwälzungs- und einer internationalen Befreiungsperspektive gerecht werden zu können, ist die Aneignung von vielfältigen Aktions- und Interventionsformen erforderlich. Deren Anwendung orientiert sich, unabhängig vom gesetzlich gewährten Rahmen, an den Kriterien der politischen und technischen Wirkung. Zudem hängt der Gebrauch und Einsatz militanter Mittel von den gruppeneigenen Fertigkeiten ab.

Darüber hinaus müssen die inhaltlich-theoretischen Positionen und die praktischen Eingriffsoptionen in einen organisatorischen Rahmen eingebettet sein. Damit der eigene Widerstand und der des linksradikalen Spektrums eine Struktur erhält und koordiniert werden kann, muß ein Beziehungsgeflecht bzw. eine Vernetzung zwischen den einzelnen Widerstandsebenen organisiert werden.

Diese allgemeine inhaltliche, praktische und organisatorische strategische Verortung erfordert ihre Konkretion. Inhaltlich heißt das für uns, daß wir nicht das Gegensatzpaar eines sozialrevolutionären und eines antiimperialistischen Ansatz aufbauen, sondern unser Ansatzpunkt liegt in der Synthese von sozialer Revolution (triple-oppression-Widerspruchslinien) und Antiimperialismus (Aufhebung des Konfrontationsverhältnisses der Metropolen gegen den Trikont). Dementsprechend favorisieren wir inhaltlich eine Diskussion über die Bedeutung und Grenzen des triple-oppression-Ansatzes und eine Auseinandersetzung über verschiedene Imperialismus-Theorien, um zu einem gemeinsamen Begriff von innergesellschaftlicher und imperialistischer HERRschaftspolitik zu kommen. Eine stärkere Orientierung an feministischer Theorie, die nicht nur Makulatur ist, sondern sich real in unserer Diskussion und nachfolgenden Praxis widerspiegelt, werden wir künftig anzunehmen haben.
Hinsichtlich der praktischen Seite sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die Umsetzung einer militanten Praxis und das Mittragen von Basisstrukturen keine voneinander zu entkoppelnden Sphären revolutionärer Politik sind, sondern konzeptionell zusammengehören. Wir versuchen, militante Praxis und Basisaktivität miteinander zu verknüpfen. Daraus folgt für uns, in erster Linie teilbereichskampf- und kampagnenorientiert zu agieren. Antagonistische Kämpfe entlang der triple-oppression-Widerspruchslinien, antiimperialistische Befreiungskämpfe und Gefangenenkämpfe um Leben und Freiheit sind hierbei Orientierungspunkte unserer Politik. Wir greifen also jene Aus-



einandersetzungen auf, in denen eine ausbeutungslose und unterdrückungsfreie Perspektive Handlungsgrundlage ist. Was einzelne Aktionsformen bzw. die Fragen nach dem -ziel, -zeitpunkt, -niveau und -ausmaß betrifft, bewegen wir uns in den in Kapitel III. besprochenen Bandbreiten.
Unsere organisatorischen Vorstellungen orientieren sich an konzeptionellen Entwürfen, die die verschiedenen Widerstandsebenen (z.B. Metropolenguerilla - basisorientierte militante Zusammenhänge - Basisbewegung) miteinander in Beziehung setzen. Als militante Gruppe stützen wir uns vornehmlich auf organisatorische Vorschläge zur Vernetzung militanter Zusammenhänge. In unserem Text beziehen wir uns vor allem auf die Vorstellungen und Ausführungen der RZ und der AIZ, da sie unseres Erachtens auch vor dem Hintergrund der nicht allzu rosigen Situation der radikalen Linken taugliche Organisierungsvorschläge liefern. Das RAF-Konzept des Aufbaus einer sozialen Gegenmacht von unten müßte dahingehend weitergedacht werden, wie die Interaktion der einzelnen Widerstandsebenen aussehen könnte. In diesem Kontext wäre zu diskutieren, inwiefern militante Zusammenhänge als Bindeglied bzw. Mittlerin zwischen einer Metropolenguerilla und Basisstrukturen fungieren könnten.
Was die Organisierungsbemühungen von militanter Politik vor dem Hintergrund bewegungsarmer Zeiten betrifft, steht eine Annäherung und, in einem fortgeschrittenen Stadium, eine Vernetzung auf inhaltlicher Grundlage in Vordergrund. Wenn darüber hinaus eine strukturelle aussichtsreich erscheint, sind die erforderlichen Schritte selbstverständlich zu gehen Dieser inhaltliche Vernetzungsprozeß, muß die zu erörternden Fragestellungen, die zu wählenden Aktionsformen und das Verhältnis von militanten Gruppen -u Basisstrukturen und linken Szenen beinhalten.

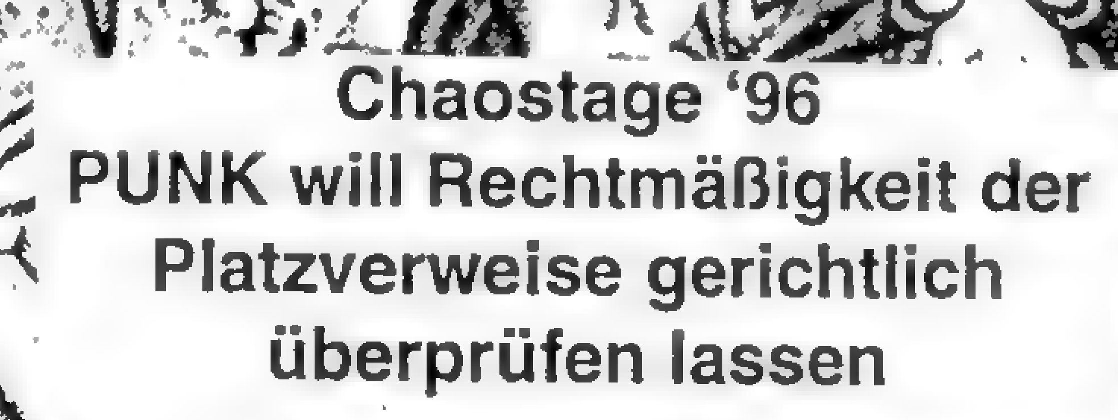
Perspektivisch ist auch ein Ausblick zu wagen was denn als Abschluß eines solchen Verständigungsversuches stehen soll. Vielleicht ein über inhaltliche Übereinstimmungen zusammengekommener Organisationszusammenhang, der dies durch eine kontinuierliche Namensgebung kenntlich macht, mit der dann ein thematischer Rahmen und politische Zielvorstellungen, Aktionsformen und die Verortung innerhalb der radikalen Linken zu verbinden ist. Wie dies im einzelnen vonstatten gehen kann und soll, ist einem langwierigen Diskussionsprozeß vorbehalten und liegt erst einmal in weiter Ferne.

Wenn die von der radi angeschobene Diskussion und Reflexion über Organisierungsversuche und konzeptionelle Unterfütterung militanter Politik in der BRD einige dieser Aspekte verdeutlichen konnte, wäre ein kleiner Schritt aus der linksradikalen Depression getan.

August 1996

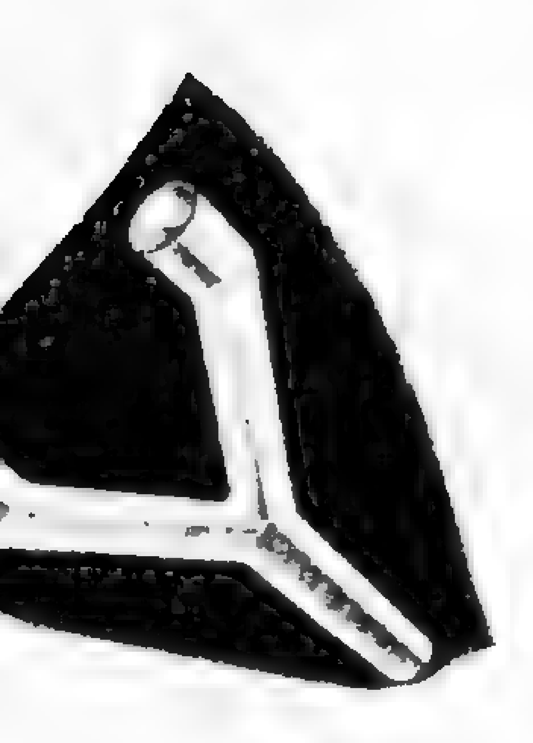
Denke nicht, daß man traurig sein muß, um militant sein zu können - auch dann nicht, wenn das, wogegen man kämpft, abscheulich ist! (Foucault)

**FÜR EINE SOZIALREVOLUTIONÄRE UND ANTIIMPERIALISTISCHE BEFREIUNGS-PERSPEKTIVE!**



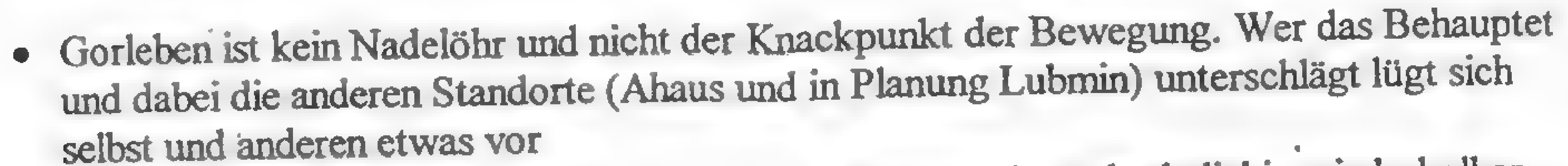
## Chaostage '96
## PUNK will Rechtmäßigkeit der Platzverweise gerichtlich überprüfen lassen

(üny) Bei den Chaostagen 1996 in Hannover hat die Obrigkeit Haerte gezeigt, der Rechtsstaat ist dabei auf der Strecke geblieben. Nach Angaben der Polizeidirektion Hannover ( PD Han) wurden insgesamt 2229 Identitätsfeststellungen durchgeführt und 2037 Platzverweise (PV) ausgesprochen. Einige Leute, die von dem diktatorischem Vorgehen betroffen waren, haben sich jetzt zu der Aktionsgruppe PUNK (Platzverweis-UNtersuchungs-Komitee) zusammengefunden. Gemeinsames Ziel ist es, die Rechtmäßigkeit möglichst vieler PV vor Gericht überprüfen zu lassen und eine erneute polizeiliche Vorgehensweise dieser Art mit der Aufhebung dieser Unterbindungsmöglichkeit zu verhindern. PV wurden ausgesprochen für den Gang zum Kiosk um die Ecke, das gewohnte Treffen im Georgengarten oder auch nur weil mensch nicht in Hannover gemeldet ist. Gegen Personen, die gegen ihren PV Widerspruch eingelegt haben reagiert die PD Hannover mit rigorosen Einschüchterungsversuchen. in einem Formbrief, den verschiedene MitgliederInnen von PUNK unabhängig voneinander erhalten haben, wird behauptet, der rechtsstaatlich legitimierende Einspruch dürfte dürfte unzulässig sein. Der PV sei zeitlich befristet gewesen und hätte sich durch Zeitablauf erledigt. In der auf der Rückseite des PV befindlichen Rechtsbefehlbelehrung ist aber von einer 4-wöchigen Widerspruchsfrist die Rede. Punk fordert alle, die einen Platzverweis erhalten haben, auf, gegen diesen oder zukünftige Bußgeldbescheide, Widerspruch einzulegen un gemeinsam den Weg einer Klage einzuschlagen. Um einen Teil der Kosten einzutreiben, die z.B. durch evtl. bestehende Rechtsschutzversicherungen oder Prozeßkostenhilfe nicht gedeckt sind, sind Solidaritätsaktionen, wie z.B. Konzerte in Planung. Kontakt ist möglich über: Aktionsgruppe Butterblume c/o PDS/LL Landesverband Niedersachsen
Eliesenstraße 40
30451 Hannover
Tel.: 071-5226734/ Fax.: (0511)9286101 ❑

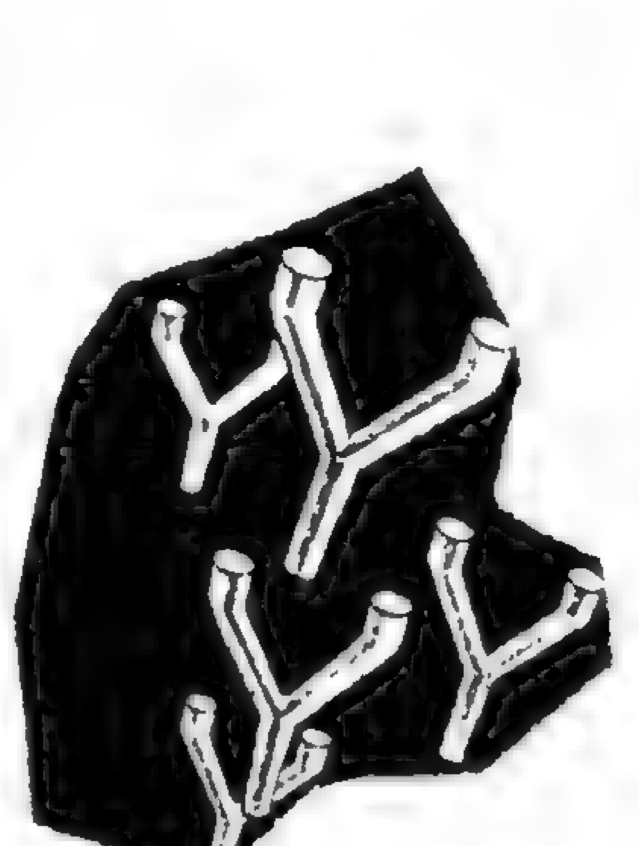


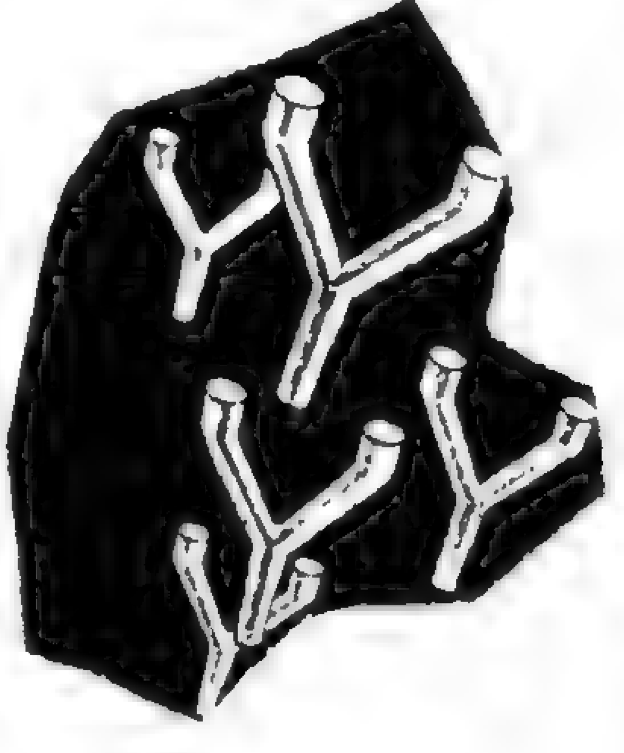
# Gorleben ist nicht überall

In der Berichterstattung zum letzten, wie auch in der Mobilisierung zum nächsten Tag X, beschleicht einen das Gefühl als würde dort Optimismus gemacht, und zwar ungetrübt von all zu viel hinderlicher Sachkenntnis.
Dies könnte der „erfolgreichsten sozialen Bewegung im Deutschland der Nachkriegszeit" (Interim Nr. 386)[Die meinen das doch wohl nicht im ernst!!] zu einem Desaster verhelfen.



- Gorleben ist kein Nadelöhr und nicht der Knackpunkt der Bewegung. Wer das Behauptet und dabei die anderen Standorte (Ahaus und in Planung Lubmin) unterschlägt lügt sich selbst und anderen etwas vor
- Der Standort Gorleben ist einzigartig, und nicht übertragbar oder beliebig wiederholbar. Wer meint, daß der nächste Transport in Gorleben wohl der letzte sei und sich dann alles in Ahaus und / oder Lubmin wiederholen lasse, könnte böse überrascht werden, wenn er/sie feststellt, das Gorleben eben doch nicht überall ist.
- Das ganze Konzept der Standortverhinderung steht zur Debatte. Gorleben ist *das* Beispiel. Einst als Entsorgungspark geplant mit Zwischenlager, WAA und Endlager, wäre diese Anlage die Achillesferse der Atommafia gewesen. Hier hätte eine Verhinderung oder auch nur Verzögerung dazu führen können, daß die Betreiber zu einer Abschaltung ganz anderer Anlagen gezwungen wären. Daher war es damals richtig, alle Kräfte auf Gorleben zu konzentrieren. Mit dem Transportbehälterkonzept hat sich dies geändert.
- Mit der ersatzlosen Streichung der Wiederaufarbeitung und dem Umstieg auf das endlose Transportbehälterlager ist die Atommafia flexibler geworden. Ein Transportbehälter als „inhärent[1] sicheres" System kann nach Betreiberangaben jederzeit auf jede grüne Wiese aufgestellt werden. Die Halle hat wirklich keine essentielle sicherheitstechnische Relevanz. Ein Transportbehälter, der in Gorleben oder Ahaus als sicher und genehmigungsfähig gilt, erfüllt diese Bedingungen überall. Die Planungs- und Realisierungszeiträume für ein Transportbehälterlager können auch extrem verkürzt werden, - wenn nötig.
- Nötig ist es aber bislang nicht. Ein wenig ist die Bilanz der Anti-AKW-Bewegung ja geschönt. Wer von über 150 Millionen DM Kosten für zwei Castor-Transporte redet, der unterschlägt glatt die 305 Castor-Transporte die bereits nach Ahaus gingen und den Betreibern nicht viel mehr kosteten als ein Lächeln. Und wer das so betreibt, der lügt sich etwas schön. So etwas kann nicht lange gut gehen.
- Die Betreiber stehen nicht auf einem Bein. Mit dem jetzigen Antrag, die Kapazität der bestehenden Halle in Ahaus durch die Verwendung eines anderen Behältertyps zu vervierfachen und der Dimensionierung der Halle in Lubmin, werden Kapazitäten geschaffen, bei denen nötigenfalls sehr schnell und überraschend z.B. auf weitere Transporte nach Gorleben auf Jahre verzichtet werden kann.
- Selbst die jetzt anstehenden Transporte von Grundremingen könnten, nach der zu erwartenden Absegnung durch das OVG im Oktober nach Ahaus umgeleitet werden, wenn es in Gorleben zu teuer wird. Auch die Erklärung der Stadt Ahaus, einer Einlagerung der Plutonium-Brennelemnte aus Hanau nicht zu zu stimmen ruft bei uns Besorgnis hervor. Wahrscheinlich kommt dann so eine Einlagerung irgendwann.

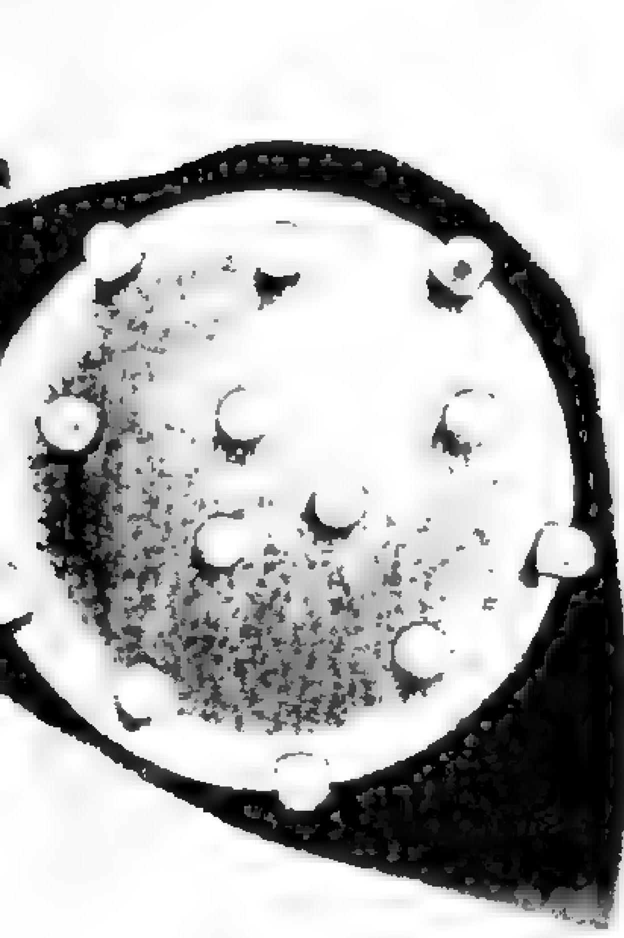




Vor diesem Hintergrund wirken die Transporte nach Gorleben schon ein wenig wie üppig inszenierter Theaterdonner. Dazu gezwungen sind weder Betreiber noch Regierende. Auch die

in Ahaus vorhandene Salzstöcke (Graes/Epe) geben Anlaß zur Besorgnis. Vor allem weil diese Formationen schon auf niederländischer Seite für die Einlagerung von Atommüll erprobt werden, während sich die deutschen Betreiber mit zur Schau gestelltem Desinteresse schmücken, obwohl sie längst wissen, daß es Schwierigkeiten mit einem Endlager Gorleben geben wird.

Wenn aber das Konzept der Standortverhinderung nicht den erwünschten Erfolg bringen kann, müssen alternativen gesucht werden. Nicht für die BI's und Gruppen an den Standorten, die müssen weiter gegen „ihre" Anlage kämpfen. Für alle anderen bietet sich ein anderes Ziel. Wenn nicht mit den Standorten gegen die Endpunkte eines Netzes gekämpft werden kann, dann doch besser gegen das Netz selbst. *Jeder* Transport muß für Betreiber und Regierende zum unkalkulierbaren [Kosten]risiko werden. Egal ob nach Gorleben, Ahaus, Lubmin oder Windscale und La Hague. Und es geht dabei fast immer um einen Spediteur, Unternehmen Zukunft - Die Bahn.



Das soll aber nicht heißen, das der Widerstand vor Ort nicht jede Unterstützung braucht. Gerade auch bei uns in Ahaus steht in nächster Zukunft der Bau eines zweiten Lagers, diesmal für Atommüllfässer (mit Konditionierungsfabrik gleich dabei) an, der verhindert werden will. Bis dahin gibt es aber hoffentlich noch die ein oder andere Möglichkeit sich Gedanken zu machen. Gorleben ist nun mal nicht überall, -- leider!

[1] in sich; von sich heraus

Kontakt über: c/o IN.F.A.M.
Postfach 1632
48666 Ahaus

# „Wenn jemand spricht, wird es hell“[1]

### I. Brief an die LeserInnen

Der Rezensent in Heft Nr. 384 war auf Gomera (Ach ja - Urlaub) und hat einige Folgen der Diskussion verpaßt und beklagt sich, daß der Text „Was Sie schon immer über Sex wissen wollten ...“ als »eigenständiger« Text nicht so leicht verständlich war. Wir sehen die Schwierigkeiten, aber kaum eine geeignete Maßnahme, um das Problem zu umgehen. Eine »serielle Diskussion« verselbständigt sich grundsätzlich. Der Dialog zwischen Kermit (nun auch Oscar aus der Tonne & Animal) und uns (Carrie & R. P. McMurphy) arbeitete sich in der Regel an dem letzten Text der jeweiligen anderen Seite ab, nahm bezug auf die jeweiligen Kapitel und versuchte zumindest deren Fragen nochmal im Text zu wiederholen. Mehr ist nicht drin, wenn nicht die Zitatenmenge des Vergangenen das Neue erdrosseln soll. Da wir aber auch denken, daß die Transparenz und „intersubjektive Nachvollziehbarkeit“ höchste Priorität besitzten, werden wir bis Mitte Oktober fo ende Texte als Dokumentation zum Kopierselbstkostenpreis im Infoladen „Nachladen“ (Waldemarstr. 36, 10999 Berlin) und anderen Szeneläden hinterlegen (Arbeitstitel „Transparenz in der »linken« Sexualität?“): Aus der Arranca: „Sexuelle Phantasien, Pornographie und Zensur“ (Nummerzehn), „Die Diktatur der freien Sexualität“ (Interview mit Anton) und „Sex macht Lust“ (Assistentinnen), aus der Interim: „Was Sie schon immer über Sex wissen wollten...“ (Teil 1-3 von Kermit), „Transparenz in der Zensur“ (FrauenLesben Schwarzmarkt Hamburg), „Transparenz in der Zensur bleibt Zensur der Transparenz“ (Carrie & R. P. McMurphy), „Nachschlag“ (Kermit), „Was Sie schon immer über Sex wissen wollten, doch nie in Erfahrung zu bringen wagten“ (Carrie & R. P. McMurphy), „Was Sie schon immer über Frösche wissen wollten“ (Kermit, Animal und Oscar aus der Tonne) „Was ich schon immer von antipatriarchalen Männern über Sex wissen wollte, oder: Das Intime ist politisch!“ von Petito Correcto, die Reaktionen und bis dahin folgende Texte. Wir wünschen uns weitere MitdiskutantInnen und da ist es nötig irgendwie durchzublicken, um mitmachen zu können.

### II. Zu Kermits Enthüllungen und den Beiträgen von Animal und Oscar aus der Tonne (von Carrie)

Im Schutz der Pseudonyme ist mehr möglich als Euer lobenswerter Versuch, erste Bekenntnisse abzulegen. Es fehlt das Risiko ... der Schmutz. Aber dazu später mehr.
Kermit summiert die „Herrschaftsfreien Männeransätze“ und ich finde in diesen fast nichts substanzielles. Als erstes bräuchten diese Ansätze „eine eigene Motivation und Perspektive“ schreibst Du, aber welche sind das? Wo ist das Fleisch? Wozu braucht der Mann die „therapeutische Selbsthilfe“ in der Männergruppe? Provokant möchte ich formulieren, doch nur, weil er von Frau erwischt worden ist - bei der Herrschaftsausübung, weil er Schmerzen zugefügt hat und über sich selbst kotzen mußte, weil er sein „Übergriffig-Sein“ nicht unter Kontrolle bekommt, weil ER „*feminin* sozialisiert worden ist“(kicher) und andauernd selbst „Übergriffen“ ausgeliefert ist, weil ...

[1] S. Freud. GW V, S. 126, zitiert nach Samuel Weber: Rückkehr zu Freud, Jacques Lacans Entstellung der Psychoanalyse. Frankfurt 1978.

Es ist an Euch, falls Ihr es in irgendeiner Weise textlich fassen könnt und wollt, eure „Motivation und Perspektive" mal zu beschreiben.

Erstaunlich oder auch nicht finde ich den scheuen, schamvollen Gestus des Interviews. In theoretischen Dingen findet der Mann immer die Möglichkeit sich eloquent über viele Seiten auszudehnen. Wenn es gilt Beziehungen und Emotionen zu beschreiben („ein offenes Männergespräch über sexuelle Phantasien von Männern fände ich total spannend und wichtig": Animal) dominiert aber die Furcht vor der „Angreifbarkeit". Sie verhindert die nötige Offenheit, die den Diskurs erst spannend machen und für alle sooo wichtig wäre. „Korrekt", also eine wirkliche gegenseitige Anerkennung leben, ist nur als Prozeß denkbar. Vorbehaltloses schnelles Nicken bei Papieren oder Aktionen der vermeintlich immer richtigen Seite der Opfer ist oft nur reine Leugnung der eigenen Täterseite/Opferseite (Der anonyme Rezensent mußte natürlich nochmal ohne inhaltlich differenzierteres, eigenes zu sagen seinen Stempel - ich bin p.c. drunterknallen: „Ich unterstütze inhaltlich die Kritik der Schwarzmarktfrauen an der Arranca" - wagt da wer zu widersprechen? Wie war der Sex in Valle Gran Rey?).
Die Sexualforschung ist fast tot (seit dem Faschismus) und die wenigen Überreste, vorwiegend aus den U.S.A., haben „Joy of Sex"- Qualität. Aber diese Tradition ist „drüben" immerhin noch lebendig und ist durchaus geeignet in bürgerliche Schlaf- und andere Lasterhöhlen (resp. -höllen) zu blicken. Da haben uns die „Bürgerlichen" (scheinbar) einiges voraus, das war nicht immer so. Ein offenes linkes Männergespräch über die dunkle, feuchte Seite ihres Verhaltens und/oder ihrer Phantasie ist dringend von Nöten, da haben Frauen in den siebziger, achtziger Jahren so einiges geleistet (was ihre Opferrolle betrifft, was sie zu Mittätern und Verbündete der Macht, zu „Co-Abhängigen" macht steht auch noch aus). Vor allem wäre es für die Frauen wichtig und waaaahnsinnig spannend, eine textliche Fassung „miterleben" zu dürfen. Nun glaubt mal nicht, daß wir keine Ahnung von euren Problemen haben, wir kriegen sie täglich mit (Hallo R. P. McMurphy), doch was sie in Euch für Strukturen schaffen ist uns „äußerlich". Eine erste (bürgerliche) Lektüre mit teilweise zweifelhaften psychoanalytischen Diagnosen, die diesem heiklen Thema etwas Anregung geben könnte wäre Nancy Fridays Werk „Die sexuellen Phantasien der Männer" (Bern und München 1980). Alles anonyme Zuschriften von Männern. Sie hatte zuvor mit dem selben System Frauen animiert, ihr zu schreiben. Beide Bände geben spiegelhaft „Normalität/Deformation" in den U.S.A. Ende der 70er Jahre wieder. Zu Petito Correcto später.

## III. Zu Kermits Enthüllungen und den Beiträgen von Animal und Oscar aus der Tonne (von R. P. McMurphy)

High Frosch, high Sesamstraße, oink Tier. Es ist an uns, einen (bescheidenen) Anfang zu setzen, aus männlicher Verunsicherung selbstreflektorische Annäherungen an die Deformationen zu formulieren, die unser tägliches Zwitterleben zwischen patriarchaler Eingebundenheit und der Verweigerung dieser beschreiben und es damit durchbrechen helfen (könnten). Womit wir wieder bei der Diskursethik wären. Ich teile die Einschätzung der Arranca: „Wer die Debatten verfolgt, kann den Eindruck gewinnen, der radikalen Linken gehe es vor allem um die Durchsetzung moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles, sexuelles Leben." (S. 3, Vorwort, Arranca 8) Um die vorhandenen Widersprüche zwischen Ratio, Gefühl und Verhalten anzugehen muß es erlaubt sein, das Schwein sprechen zu lassen - gegen das mann mal mit Hilfe, mal übrigens gegen die Frau

(die liebt manchmal genau das Schwein, die Sau), zu kämpfen versucht. Zweitens sind auch Entgleisungen hilfreich, je heftiger die Debatte werden sollte. Aus diesen sind alle Betroffenen aufgerufen zu lernen ohne vorschnell zu verurteilen. Wie könnte das aussehen? Zum Einen denke ich an die beispielhafte Offenlegung der als Deformationen erkannten Verhaltensweisen und erste Mutmaßungen, wie diese zustande kommen. Also die eigene Sozialisation und deren Fortsetzung in männerbundartigen Cliquen (Pubertät und Postpubertät) selbstreflektieren. Wünschenswert wäre eine Schreibweise, die eine persönliche mit einer theoretischen Ebene mischt, um nicht nur persönliche Phänomenologien von sich zu geben. „Es ist vor allem zu vermeiden, die „Gesellschaft" wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum *ist das gesellschaftliche Wesen.*. Seine Lebensäußerung, erscheine sie auch nicht in der unmittelbaren Form einer *gemeinschaftlichen,* mit anderen zugleich vollbrachten Lebensäußerung - ist daher eine Äußerung und Bestätigung des *gesellschaftlichen Lebens.*" (Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, 1844, S. 548 f.) Die Kritik, daß der theoretische Aspekt vielfach doch nur der „Legitimation" des Fehlverhaltens dient stimmt grundsätzlich nur zum Teil. Es liegt unserer Meinung nach folgender moralischer „(Mit-)Schuldschlüssel" berechtigt zugrunde:

1. Das Kind ist unschuldig und ist bis in die Pubertät hinein Opfer der bürgerlichen Sozialisationsinstanzen, der „schwarzen Pädagogik" (Hallo Alice Miller).
2. In der Pubertät brechen die Latenzen der Deformationen auf und werden aktiv als Wiederholungszwang und treten konflikthaft mit (gesellschaftlicher) Moral und Gewissen (Ich-Ideal und Über-Ich-Strukturen) in Wechselwirkung.
3. Wer nach Wahrnehmung der Schmerzen, die durch eigene Taten verursacht wurden, nicht mit der therapeutischen Selbstreflektion beginnt, begibt sich selbstverantwortlich in die Täterrolle.
4. Es ist nie zu spät diese Täterrolle (sich selbst) einzugestehen und sich zu offenbaren und anderen die Strukturen der eigenen Rationalisierung aufzuzeigen, um „homöopathisch" zu wirken, also andere vor der eigenen Falle zu warnen.

Außerdem steht es allen LeserInnen offen, „solidarisch" Kritik an den Rationalisierungen zu üben. Männlich-emotionale Selbstreflexion ist oft kindlich oder voller gewalttätiger Affekte, verzeiht. Wir sind leicht gekränkt und rennen weg und verzeihen nie, wenn wir dabei ertappt werden. Die Interimredaktion sollte sich artikulieren, ob sie eine solche „Reihe männlicher Selbstbezichtigung und Kasteiung für ihr Medium erträglich oder wünschenswert findet".

**IV. Petito Correcto (Interim Nr. 385) ist ein Mann, ist ein Mann, ist ein Mann?**

Trotz der klaren Ansprache („Hallo Männer!") nehm ich mir doch das Recht (Carrie) ein paar Zeilen 'dem Mann' zu widmen (assistiert von McMurphy). Was es an Kermit, Animal und Oscar zu loben galt (Mut) gilt auch für Petito. Erste Bekenntnisse abzulegen wider die Angst von moralisch besseren Menschen (kicher) die Leviten gelesen zu bekommen, ihre Widersprüche zu offenbaren. Was bei ersteren noch mit Scheu und Scham verknüpft, dafür aber reflektiert war, erscheint Petito relativ leicht zu fallen, wobei er die theoretische Reflektion vernachläßigt (sie auch glaube wir nicht für nötig hält, was mich/uns befremdet) und dementsprechend sich selbst einige Fallen stellt. Aber egal, ich bin froh (siehe oben), daß der erste sich gemeldet hat, der eine klare Sprache spricht. Zu seinen genannten Widersprüchen wollen wir ein paar Fragen anritzen ohne zu verurteilen:

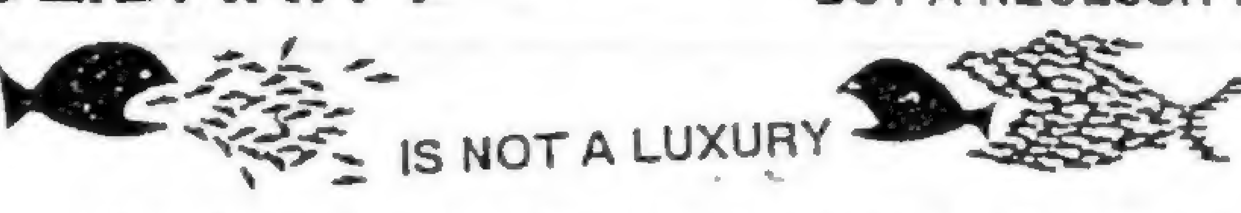
a) das Thema heißt: Wichsvorlage (Voyeurismus) ja oder nein.

Das Bild vom (ge-)schön(t)en anderen/begehrten Geschlecht ist oft das, was der linke Mensch unter dem Kampfbegriff Sexismus subsumiert, dennoch sind wir fast

ausnahmslos Gefangene von Schönheitsidealen seit den Kindheitstagen. Die ewige Wiederholung durch alle Medien/Mütter/Väter (von den Märchen bis zur häuslichen Illustrierte) prägt durchaus libidinöse Affekte. Ich (wir) kennen übrigens niemanden (ausnahmslos auch in der radikalen Linken), der/die nicht irgendeine totale Abziehfigur Hollywoods libidinös besetzt hält, die potentiell als phantasierte Wichsfigur dient, wenn gerade keine reale und interessante Figur phantasiert werden kann, die mensch begehrt. Softpornofilme erinnern selbst in ihrer dämlichsten Dramaturgie nur an eins und das erinnert wieder an einen selbst, an die Wünsche des Körpers - mediale Rückführung und gleichzeitig Ablenkung von Phantasien, die reale Menschen betreffen oder autoerotisch wären.
b) Das kommt davon, daß die aktuelle radikale Linke ihre gegenseitige Sexualität nicht artikuliert hat, das Verhältnis nicht im geringsten bestimmt ist - alle Männer Angst davor haben als Sexisten stigmatisiert zu werden. Je nach Situation würden wir sagen ist für uns im Prinzip kein Widerspruch erkennbar darin „einer Genossin nicht zuzuhören", sondern in einer sexuellen Phantasie zu verschwinden auch ohne poetisch zu werden, was glaubst Du/Ihr was Begehren ist?
c) Gewaltphantasien nach Trennung. Nicht die Phantasien an sich sind dramatisch, solange Du analysierst worauf sie verweisen, liebster Narziß, - und das Du bevor Du „hinlangst" Dir Hilfe suchst, bevor Echo ihren Körper verliert.
d) Deine 2-jährige Tochter spielt mit deinem Pimmel in der Badewanne und er wird steif. Solange das ihre Initiative ist und sie neugierig Papas Körper erkundet sehen wir darin kein Problem. In deiner Erektion ebenfalls nicht, schließlich ist die nicht an sich kontrollierbar. Von deiner Seite darf nur auf gar keinem Fall die sexuelle Ausnutzung dessen geschehen („rubbel mal" oder „willst Du nicht wieder mal mit dem Pimmel spielen") auch solltest Du im Wiederholungsfall, sobald Du merkst, dem Mädchen macht es Spaß „Vati in diese Lage zu versetzen" spielerisch in eine andere Richtung lenken, anders ist uns eine körpernahe Erziehung ohne allzu große Tabus nicht vorstellbar. Es geht nicht um das singuläre Ereignis, sondern um die Herbeiführung der Wiederholung! (klingt wie bei Dr. Sommer, brrrrrrrr)
e) Käufliche Sexualität (~~Liebe~~ weigern wir uns zu schreiben) erregt deine Phantasie. Da stehst Du, soweit wir richtig orientiert sind, in einer Reihe mit fast allen männlichen anarchistischen Geistesgrößen. Den größten Widerspruch wußte Proudhon („Von der Anarchie zur Pornokratie") zu Papier bringen, einfach ekelhaft zu lesen diese frauenfeindliche moralische Schmähschrift, schlimmer als die Katholiken, wahrlich ein elender Philosoph. Aber wer ist unser Feind? Worauf verweist dieses Begehren? Hören wir auf die Hydrafrauen und nennen sie SextherapeutInnen (bitte als anerkannten Beruf mit gewaltigen Risiken ohne Zuhälter und Zwangsprostitution), eine Dienstleistung, die in einer Gesellschaft wie die unseren auf den größten aller Mängel verweist - auf mangelnde Nähe und kaum vorhandene Verantwortung(sbereitschaft). Patriarchale Sexualität - gedankenlos - kampflos besitzend - so der Wunsch - verantwortungslos - leicht.
f) Dieses „»meine« Freundin ist <u>nur</u> richtig erotisch in schwarzer Reizwäsche" finden wir bekommt durch das »nur« eine dramatische Einfärbung. Wir schätzen die Einschränkung dieser klassischen Rollenform von Sexualität so langweilig ein, stupide Reproduktion bürgerlichster Sexualität (McMurphys Vater stand schon drauf und schon dessen Vater fands auch gut, nur so - aber ich nicht! Ich stehe desidentifikatorisch auf Jeans - Kindheit prägt. Ich fand nicht Papa/Mamas Erotik erotisch, sondern die meines um elf Jahre älteren Bruders und dessen alternativen Umkreis. Frauen in Jeans, jeah!, eingerissen an bestimmten Stellen und ich bin gebannt - meint McMurphy - aber funktional ist es dasselbe, ein Fetisch, kein Grund zur eitlen Freude, meint Carrie). Die Freundin macht das mit? Ist nur dein »Echo«?

g) Ohne Abspritzen geht es nicht!? Niemand ist für den sexuellen äh „Schlußpunkt" des anderen verantwortlich. Wer hindert dich das Werk mit Dir selbst zu Ende zu führen (im Beisein deiner Freundin, die interessiert das vielleicht auch?). Es geht ja durchaus um körperlichen Spannungsauf- und abbau. Auch ich bin enttäuscht (Carrie), wenn alles vorbei gewesen sein soll und mein Körper noch powert. Schwanz in Möse muß dabei nicht zwingend sein! Echt nich´!
h) Er steht immer - auch präventiv - alle sollens sehen. Ich kanns - ist so alt wie das Patriarchat und wer erinnert sich noch, wann das begann. Hier geht es uns allerdings eher um den Habitus, das kulturelle Gebärden dessen, nicht um das hoffentlich doch sexuelle Funktionieren. (Du Glücklicher, wenn es Dir kein Problem bereitet und Steherqualitäten Du Dein eigen nennen kannst) Problemlos solange damit nicht männliche Attribute verbunden werden, die erst die nächste Qualität patriarchaler (Leistungs-)Herrschaft bestimmen und Du dich darüber nicht definierst, heimlich - was wir leider befürchten.
i) Sexuelle Erpressung. Anders ist dieses Thema wohl kaum zu nennen. Sie verweigert sich über die angemessene Zeit. Ein Problem ist die „monogame linke Beziehung" allemal an sich (Freiheitsanspruch vs. „Treue"). Aber wird sie erst recht, wenn die „verhinderte Sexualität" unausgesprochen zu einem Spiegel der Kommunikationsdefizite der Beteiligten wird. Nicht das „vier Wochen haben wir nicht mehr und nun fordere ich mein Recht" ist das richtig benannte Problem, sondern die mangelnde offene Kommunikation darüber und einen sinnvollen Umgang damit. Der Rückfall in patriarchale Besitzansprüche ist zwar bääähh, aber Macker, es geht um etwas anderes. Wenn ich Deine Ausführungen zum Thema Anerkennungssucht via Sex und Potenz plus latente Aggression addiere, so würde ich diese Deine Formen von Sexualität ebenfalls blockieren und absolut keine Lust haben und Dir die Anerkennung versagen (mit Genuß Dich kochen lassen!). Je nach Rage ist Frau vielleicht auch in der Lage Dir das zu erklären. Entwicklung geteilter sexueller Phantasien bedingt die gnadenlos ehrliche Bekenntnis zu den eigenen Wünschen, so kaputt die auch sein können. Besser Du redest von ihnen (z. B. „ich will dich agressiv und von hinten" - kicher, - das war jetzt aber nen Solo von McMurphy, versichert Carrie), als daß Du die Athmosphäre unbestimmbarer nörgeliger Agression verströmst und dich hinter allem möglichen versteckst. Die „Partnerin" kann dann antworten, selbst agieren, Vorschläge machen oder einfach nur schockiert sein. Sollte sie bei Bewußtsein bleiben - wird sich übers Reden und Agieren eine völlig neue Beziehungsmöglichkeit auftun oder ihr solltet Euch jemand anderes suchen.
j) Erklärungsansatz 1. Lieber „Wolf im Schafspelz", Droge Sex ist u.E. ein „narzißtischer Selbstheilungs-/Regulationsversuch" (Battegay: „Narzißmus und Objektbeziehungen, Stuttgart 1977). Du solltest anfangen, Deine Deformationen zu benennen, diejenigen schonungslos mit Fragen zu bombardieren, die diese auf gar keinem Fall hören wollen und auch theoretisch zu reflektieren. Eine „befriedigendere" Sexualität bleibt Dir und dann deiner Echo (mit Dir) sonst verwert. Sexualität spiegelt sämtliche Deformationen durch Macht wieder ...
k) Erklärungsansatz 2. Angst vor Frauen haben Männer immer, da die patriarchale Mutter nur selten verarbeitet worden ist, gerade nicht in der Linken. Narziß hat grausame Angst nicht liebevoll gespiegelt zu werden, sondern die gesamte Bandbreite seiner Unzulänglichkeiten gezeigt zu bekommen. Daß Frauen weniger starr und weniger kontrolliert seien als Männer halten wir für eine gerne kolportierte Mär von der „wilden Frau", dem der widerliche Mythos des „wilden Mannes" als Befreiungsoption zur Seite gereicht wird (Hallo Eisenhans). Ursprungsmythen und Archetypen verstecken sich in solchen Aussagen.
Die sexuelle Abhängigkeit, äh s.o.

## *L'europe des luttes* *( c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46a, 20357 Hamburg)*




***Asyl und Hausbesetzung in England:***
Das "Autonomous Refugee Centre Hackney" (ARCH) hat am 5.2 ein leerstehendes Gerichtsgebäude besetzt um Flüchtlingen Unterkunft zu gewähren, wie wir in Zeck nr. 50 berichteten. Die Aktion war ein konkreter Protest gegen den am selben Tag eingeführten Kahlschlag aller Sozialleistungen für alle Asylsuchende, die ihre Asylanträge nicht an ihrer Ankunft stellen. Diese Massnahme sollte auf ein neues Gesetz vorbereiten (Asylum and Immigraton Bill), das demnächst verabschiedet wird. Jetzt weiteres zum Projekt.

Die Eigentümer haben zweimal versucht das Gebäude zu räumen, aber die BesetzerInnen haben sich mit kräftiger Unterstützung der Türkischen und Kurdischen Gemeinden erfolgreich verteidigt. Schliesslich bekamen die Eigentümer einen Räumungstitel und die BesetzerInnen und Flüchtlinge vertrieben. Inzwischen haben sie ein anderes Gebäude besetzt in welchem ungefähr 20 Flüchtlinge leben und ihren eigenen Raum verwalten. Sie werden zum Teil mit Lebensmittel versorgt von ARCH und anderen Organisationen, die mit ihnen zusammenarbeiten. Ähnlich wie es auch hier in der BRD zu erwarten wäre, muss sich ARCH gegen Vorwürfe von der sogenannten revolutionären Linken wehren, sie würde reine Sozialarbeit betreiben. Ausländische Gemeinden sprechen eher von Solidarität, und viele Basisorganisierte Gruppen, wie z.B. Class War, haben sich auch zur Unterstützung des Projektes eingemischt. Auf der anderen Seite, sind sie ein Bündnis mit einer kirchlichen Gruppe, dem antirassistischen Colin Roach Zentrum und dem von TürkInnen und KurdInnen betriebenen Halkevi Zentrum eingegangen, um die Hackney Refugee and Migrant Support Group zu bilden.

Als direkte politische Folge ist die Eröffnung einer staatlichen Notunterkunft für betroffene Flüchtlinge vom Gemeinderat Hackneys anzusehen. ARCH kritisiert die mangelnde Versorgung der Bedürfnisse der dort einquartierten Flüchtlinge, und verspricht weiterhin Häuser zu besetzen. Eine Folge der landesweiten Kampagne gegen den Kahlschlag ist die gerichtliche Abschaffung der Sozialgesetzgebung am 21.6. Das Gericht verurteilte die Entscheidung der Regierung als "illegal, unmoralisch und unzivilisiert". Das Problem ist dass die bevorstehende Gesetzgebung (Asylum and Immigration Bill), welche gerade verabschiedet wird, solche Änderungen des Sozialleistungsgesetzes legalisieren wird. Die neue Gesetzgebung ähnelt markanterweise dem deutschen Asylgesetz, mit einer "weissen" Liste aller Länder, in denen Verfolgung einen Asylantrag rechtfertigen würde.

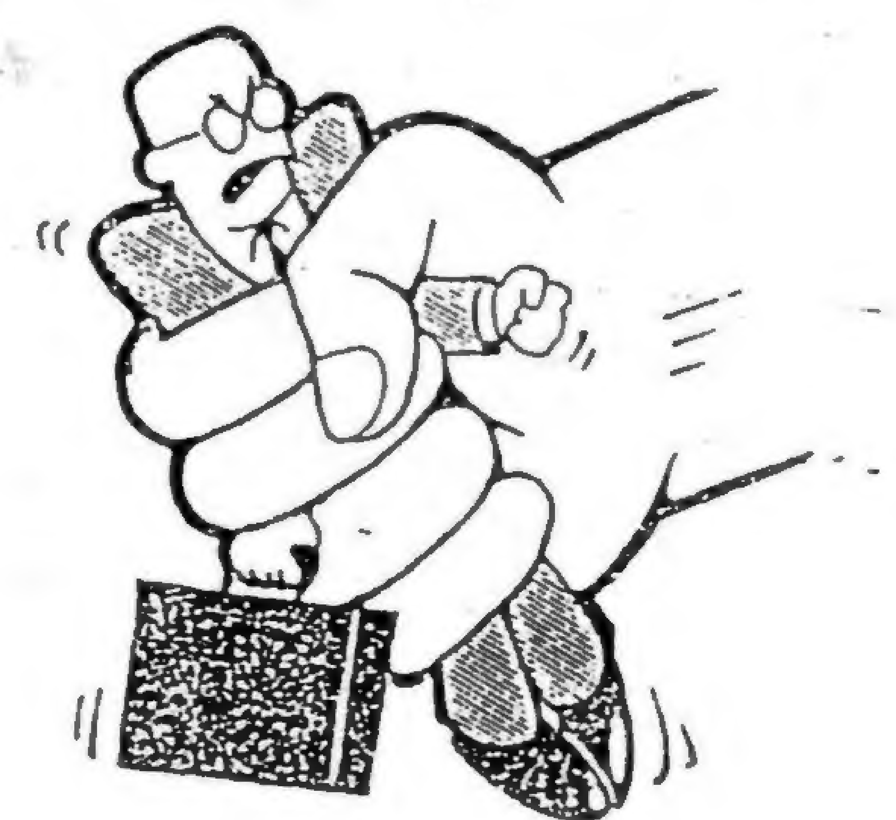
Für mehr Information schreibt an ARCH c/o SQUASH, 2 St. Pauls Rd., London N1 2QN.

***Streik im liverpooler Hafen.***
Seit nunmehr 10 Monaten befinden sich die Hafenarbeiter der Liverpooler Werften im Streik. Der Streik folgte dem Versuch der Arbeitgeber Mersey Docks and Harbour Company (MDHC), Verträge mit den Arbeitnehmern so zu ändern, dass sie als Tagelöhner geheuert werden. Dies ist Teil der Privatisierung der letzten kommunalen Werftfirma in Liverpool. Nach anfänglich vereinzelten Aufständen weigerten sich 329 Arbeitnehmer diese Änderung hinzunehmen, und wurden alle sofort entlassen, woraufhin sie in Streik gingen. (Eine detailliertere Fassung der Geschichte ist in form eines Flugblattes erschienen). Momentan arbeiten Streikbrecher auf der Werft für ein Viertel des früheren Lohnes.

Trotz einer erfolgreichen Nachrichtensperre in England ist die lokale und internationale Solidarität sehr gross. 7 der 8 Schlepper Besatzungen weigern sich die Streikposten der "Liverpool Dockers and the Women of the Waterfront" zu überqueren, was praktische und versicherungsrechtliche Probleme für alle Klienten der MDHC verursacht. Der grösste Klient heisst ACL, und ihre Schiffe sind in Stockholm und Salerno vollständig boykottiert worden. In Stockholm zahlen die Arbeiter eine Stunde ihres Lohnes pro Woche an die Streikenden, und in Salerno spendet jeder 10,000 Lira im Monat. Die Streikenden brauchen insgesamt 15,000 Pfund im Monat.Im Februar wurde ein internationales Treffen in Liverpool abgehalten mit VertreterInnen aus 15 Ländern. Internationale Solidarität für Arbeitskämpfe der Zukunft wurde besprochen. In Juni wurde das letzte Angebot vom Management fast einstimmig abgelehnt.

Es ist unmöglich einen solchen Streik zu besprechen ohne den weiteren sozialpolitischen Rahmen zu erwähnen. Die Liverpooler Hafenarbeiter und die Frauen der Wasserkante kämpfen gegen eine weltweite Neudefinition des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, eine Prekärisierung der Beschäftigungsverhältnisse begleitet von einem massiven Sozialabbau. In den 80er Jahren zählten die Gewerkschaften der Hafenarbeiter zu den radikalsten, und haben internationale Strukturen zur Koordinierung des Kampfes geschaffen. In Deutschland wird die Solidarität im jetzigen Kampf von IG Medien koordiniert, die eine Rundreise der Liverpooler Dockers für August geplant haben. Spenden an:

Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ: 200 101 11, Kto.-nr.: 12 900 231 00, Stichwort: Flying Picket.



# FOOD NOT BOMBS



6' Veranstaltung mit der Organisation Food Not Bombs - San Francisco. Aktuell existieren etwa 40 Food Not Bombs - Gruppen in den USA und in Kanada. Hauptpfeiler von Food Not Bombs ist die Verpflegung Obdachloser mittels kostenloser vegetarischer Mahlzeiten, hergestellt aus Abfällen und Überschüssen. Bei der Verteilung der Lebensmittel auf öffentlichen Plätzen, sind Leute von Food Not Bombs regelmäßig von der US-Polizei angegriffen worden, ein Aktivist wurde wegen der Aushändigung eines Brötchens zu 60 Tagen Knast verurteilt. Weitergehend sind sie in den Bereichen Hausbesetzung, Anti-Todesstrafe, Flüchtlingshilfe, Freies Radio, Politische Gefangene, Tierrechte,... tätig.
© Bei der Veranstaltung ist das Food Not Bombs Gründungsmitglied Keith McHenry anwesend. Einleitend wird ein Video gezeigt, welches die Angriffe der Polizei-San Francisco während der Nahrungsmittelverteilung dokumentiert. Anschließend referiert Keith über Ziele und Methoden der Bewegung. Danach wird die Diskussion eröffnet.

→ Sa. 28. September
→ 20⁰⁰
→ EX (Mehringhof)
→ Gneisenaustr.2a
→ Kreuzberg

## Sommerkino im SYNDIKAT

JEDEN DIENSTAG 19.00 UHR
EINTRITT frei

17.09. the SNAPPER
GB '92 R.: S. FREARS

24.09. HINTER DIESEN MAUERN

## Etwas besseres als die Nation...

...ter diesem Motto veranstaltet das Antinationale Plenum Detmold auch in diesem Jahr wieder die Antinationalen ...chen. Neben fünf Informations- und Diskussionsveranstaltungen, für die neun Referenten und Referentinnen ...onnen werden konnten gibt es außerdem eine Party und ein Konzert. Alle Veranstaltungen finden im Kultur- und ...mmunikationszentrum "Alte Pauline", Bielefelder Str. 3 in Detmold statt.

**...ur Sicherung der Nation**
-Bio-Politik in der BRD-
Diskussions- und Informationsveranstaltung
Beate Zimmermann
(Gen-Archiv-Essen)
&
Juliane Rebentisch
(Journalistin)
Mo. 23. September 1996
20.00 Uhr

**Eigentliche und uneigentliche Demokratie**
Anmerkungen zu einer linken Ideologie
Prof. Dr. Freerk Huisken
(Bremen)
Mi. 25. September 1996 20.00 Uhr

Nie wieder Deutschland!

Jürgen Elsässer
(Redaktion Junge Welt, Berlin)
referiert aus seinem neuen, mit Sarah Wagenknecht verfaßten Buch. Und diskutiert zum Thema:
**Der Tod des Reformismus**
Di. 8. Oktober 1996
20.00 Uhr

**Das gute Deutschland schlägt zurück**
Zur Debatte um D.J. Goldhagens Buch "Hitler's willige Vollstrecker"
Stefan Vogt
(Redaktion Bahamas, Jour-Fixe-Initiative, Berlin)
Ein/e Vertreter/in des
(Antinationales Büro Hamburg)
Uli Sander
(VVN-NRW)
Mo. 30. September 1996 20.00 Uhr

**Ibizza Dance Party**
mit
Jochen Distelmeyer
(*Blumfeld*, Hamburg)
Sa. 5. Oktober 1996
22.00 Uhr

**Krise in Deutschland**
Business as usual oder mit Volldampf in den Kollaps
Streitgespräch mit
Dr. Karl Held
(Redaktion Gegenstandpunkt, München)
Robert Kurz
(Redaktion Krisis, Erlangen)
...o. 3. Oktober 1996 20.00 Uhr

Veranstalter + Kontakt:
Antinationales Plenum Detmold
c/o Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 32756 Detmold
Tel. + Fax: 05231/24603

Vorankündigung: Goldene Zitronen(HH)
Benefizkonzert für die Antinationalen Wochen
14. November 1996 21.00 Uhr

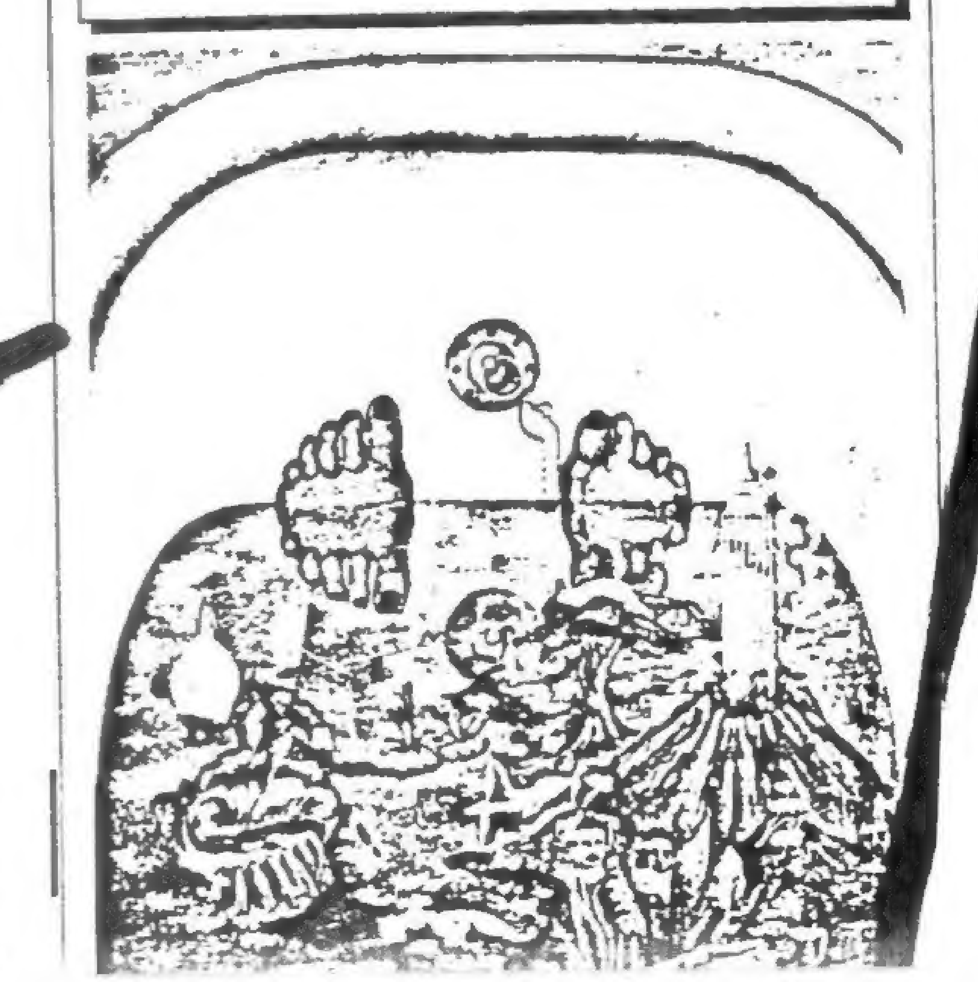
## Mexiko - Film - Video - Reihe - im El Locco



**Flucht nach Mexiko**

**Video, BRD 1994, 90 min, Regie: Gerlinde Böhm**
Dokumentation über das Exil in Mexiko. 1941 ziehen Flüchtlingsströme durch Europa. Nach der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen scheinen viele verloren, da die USA sich weigern Kommunisten aufzunehmen. So wird Mexiko der letzte Zufluchtsort und der mexikanische Konsul in Marseille, der aufopfernd hilft, wird zum Schutzengel vieler Fliehender. Der Film zeichnet Fluchtweg und Schicksale nach und läßt Betroffene zu Wort kommen. Die Filmemacher begleiten 1994 die Reise einiger ehemaliger Exilanten nach Mexiko und treffen die Dagegliebenen.

**Mi. 18.09. um 20.00 Uhr**



# Freitag, der 13.

**Demo 15.⁰⁰ Uhr, Waldemar Ecke Manteuffelstr.**

Macht den Großkonzernen • 80-Std.-Woche ohne Lohn • Hungern, arbeiten, frühaufstehen • Spenden für die Polizei • Jugend, finanziert eure Ausbildung durch Organspende

Eine Aktion von b259 nach einer Idee von Fels toleriert von der KPD-RZ und beargwöhnt von den bewaffneten Organen